



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 44. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
27.06.2018**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 18:22 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## Anwesend waren:

Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:13 Uhr
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 15:35 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:50 bis 19:31 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:17 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:13 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:05 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:48 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:12 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 17:37 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 14:05 Uhr
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 17:08 Uhr
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),

Marko Rupsch  
Wolfgang Aldag  
Dr. Inés Brock

Christian Feigl  
Dennis Helmich  
Melanie Ranft  
Marko Rupsch  
Dr. Regina Schöps  
Prof. Dorothea Vent  
Yvonne Winkler  
Tom Wolter  
Helmut-Ernst Kaßner  
Gerhard Pitsch  
Alexander Raue

Teilnahme bis 17:38 Uhr  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Teilnahme ab 15:00 Uhr  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM  
Stadtrat, Teilnahme ab 14:10 Uhr  
Stadtrat  
Stadtrat

### **Verwaltung**

Uwe Stäglin  
Katharina Brederlow  
Sabine Ernst  
Oliver Paulsen  
Ralf Borries  
Marco Schreyer  
Martin Heinz  
Maik Stehle

Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt  
Beigeordnete für Bildung und Soziales  
Leiterin Büro des Oberbürgermeister  
Grundsatzreferent  
Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung  
Leiter Fachbereich Recht  
Leiter Fachbereich Immobilien  
Protokollführer

### **Entschuldigt fehlten:**

Christoph Bernstiel  
Frank Sängler  
Elisabeth Nagel  
Katharina Hintz  
Markus Klätte

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
Stadtrat

zu **Einwohnerfragestunde**

---

zu **Herr Thomas zum Stadtbahnprogramm**

---

**Herr Thomas** machte auf die geplanten Bauvorhaben in den Gebieten Reileck/Giebichenstein aufmerksam. Für eine geplante Sammelhaltestelle seien Hausabrisse nötig und viele Bäume müssten gefällt werden. Er fragte, ob der neue Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt über die Situation in Giebichenstein und Reileck informiert wurde.

**Herr Stäglin** antwortete, dass er mit Herrn Rebenstorf bereits ein Gespräch geführt hat. Die Stadtverwaltung und die HAVAG benötigen Klarheit über die Varianten, welche umgesetzt werden können. Er wies die Behauptung zurück, dass Bäume gefällt und Häuser abgerissen werden sollen. Zunächst soll geprüft werden, welche Variante als Vorzugsvariante in Frage kommt, damit eine verbesserte Verkehrssituation für die Straßenbahn entsteht. Dabei wird auch der Denkmalschutz eine große Rolle spielen.

zu **Frau Lang zur Lärmbelästigung und Verschmutzung am Landesmuseum**

---

**Frau Lang** informierte über Lärm- und Müllbeschwerden am Landesmuseum. Von Anwohnern wurden Lärmprotokolle gefertigt, welche eingesehen werden können. Am Wochenende wird oft bis fünf Uhr gefeiert. Auch sei es bereits zu Übergriffen gekommen. Sie fragte, was die Stadtverwaltung tun wird, damit die Probleme abgestellt werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bedankte sich für die Anfragen. Er sagte, dass die Polizei und das Ordnungsamt seit mehreren Wochen in dem Bereich regelmäßig Kontrollen durchführen. Weiterhin sind auch Streetworker vor Ort.

Er bat darum, die Aufzeichnung und Protokolle zur Verfügung zu stellen. Zurzeit liegen keine Anzeigen vor, welche zu Ordnungswidrigkeiten führen könnten. Die Präsenz von Polizei und Ordnungskräften zeigt bereits Wirkung.

zu **Herr Brauer zur Lärmbelästigung am Landesmuseum**

---

**Herr Brauer** sagte, dass viele Kinder durch den Lärm nicht schlafen können. Er fragte, was dagegen getan wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** schlug vor, gemeinsam die Situation vor Ort zu betrachten und mit den Personen zu sprechen.

**Herr Brauer** begrüßte den Vorschlag.

zu **Herr Herrmann zum Zustand von Gehwegen**

---

**Herr Herrmann** sagte, dass viele Fußwege in einem schlechten Zustand sind. Besonders Menschen mit Gehhilfen haben bei der Benutzung Probleme. Es gibt zu wenig abgesenkte

Bordsteine, z.B. im Paulusviertel. Weiterhin sind an vielen Kreuzungsbereichen diese abgesenkten Bordsteine zugesperrt. Er fragte, ob das Mosaikpflaster geeignet ist, das Autos auf diesen parken. Weiterhin fragte er, ob eine Erneuerung der Gehwege geplant ist bzw. ob es Parkbewirtschaftungssysteme geben wird oder regelmäßige Kontrollen durch das Ordnungsamt.

**Herr Stäglin** sagte, dass oft die Gehwege nicht dafür ausgerichtet sind, dass auf diesen Autos parken. Das Problem mit zugesperrten Kreuzungsbereichen ist der Verwaltung ebenfalls bekannt. Für das Paulusviertel wurde ein Parkraumkonzept vorgelegt und befindet sich in der Endabstimmung.

Weiterhin sagte er, dass das Absenken des Bordsteines nicht einfach realisiert werden kann. Oftmals muss der Untergrund betrachtet werden. Bei größeren Baumaßnahmen werden jedoch immer Bordsteinabsenkungen geprüft.

**Herr Herrmann** fragte nach, ob nicht mehr Kontrollen durchgeführt werden können.

**Herr Stäglin** antwortete, dass durch die städtischen Ordnungskräfte regelmäßig Kontrollen durchgeführt werden.

#### **zu Herr Pethe zu Ampelkreuzungen für Radfahrer**

---

**Herr Pethe** regte an, dass an einigen Straßenkreuzungen Veränderungen vorgenommen werden sollten, damit die Fahrradfahrer besser berücksichtigt werden. Er wies auf die Baustraße am Riebeckplatz hin. Die Umleitung führt über die Röserstraße, welche aber oft nicht genutzt wird. Auf der Seite „Sags uns einfach“ hatte er vorgeschlagen, für die Radfahrer und Fußgänger auf der anderen Straßenseite der Magdeburger Straße zum Riebeckplatz eine Umleitung auszuschildern. Für die Fußgänger wurde der Vorschlag umgesetzt, jedoch wurde mitgeteilt, dass für die Radfahrer umfangreiche Änderungen an Lichtsignalanlagen nötig wären. Aus seiner Sicht müssten nur die Verkehrsschilder getauscht werden.

Weiterhin bezog er sich auf die Kreuzung Hordorfer Straße, Hermes Areal. Hier wird der Fahrradfahrer durch die lange Grünphase der Rechtsabbiegerspur aufgehalten. Er schlug vor, an der Ampel einen Signalknopf anzubringen, damit die Bedürfnisse abgeglichen werden.

An der Ecke Gudrun-Goeseke –Straße/ Ludwig-Wucherer-Straße gibt es zwar einen Taster aus Richtung Steintor für Fußgänger, jedoch nicht für Radfahrer. Hier könnte ebenfalls ein Taster montiert werden. Weiterhin sollte eine Linksabbiegerspur in Richtung Gütchenstraße geschaffen werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete, dass die Anregungen aufbereitet und schriftlich beantwortet werden.

#### **zu Herr Dr. Mechelt zur Parkordnung**

---

**Herr Dr. Mechelt** fragte bezüglich zugesperrter Kreuzungen im Mühlweg- und Paulusviertel und Giebichenstein. Er habe den Eindruck, dass das Falschparken toleriert wird und fragte, wie viele Rettungseinsätze durch zugesperrte Kreuzungen behindert bzw. verzögert werden.

Außerdem fragte er, welche Maßnahmen die Stadt ergreifen kann, um diesen Zustand abzustellen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete, dass keine statistische Erfassung zur Frage eins erfolgt. Die Rettungskräfte wenden sich bei Problemen an die Rettungsleitstelle. Diese sorgt für Abhilfe.

Zur Frage zwei antwortete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass zunächst Anzeigen gestellt werden müssen, dann folgen gegebenenfalls Bußgeldverfahren. Bei Gefahr von Leib und Leben würden umgehend Abschleppmaßnahmen eingeleitet werden.

#### zu **Frau Will zu Falschparkern**

---

**Frau Will** schloss sich der Meinung ihrer Vorredner an. Sie fragte, wo man das Parkraumkonzept für das Paulusviertel einsehen kann und ob es ein Parkraumbewirtschaftungskonzept für die gesamte Stadt gibt oder ob dies geplant ist. Weiterhin fragte sie, ob die Kontrollen durch das Ordnungsamt zeitlich ausgedehnt werden können und wieviel Personal zur Verfügung steht. **Frau Will** fragte weiter, ob die Stadtverwaltung eine Personalerhöhung in diesem Bereich plant. Außerdem möchte sie wissen, ob bestimmte Parkzonen vorgesehen sind für Liefer- und Pflegedienste.

**Herr Stäglin** lud Frau Will zu zukünftigen Veranstaltungen zu Variantenbeschlüssen ein, dort können die Belange von Fußgängerinnen und Fußgängern dargestellt werden. Zum Thema Parkraumkonzept Paulusviertel antwortete er, dass diese Vorlage im Ratsinformationssystem „Sessionnet“ auf Halle.de veröffentlicht und einsehbar ist. Für das ganze Stadtgebiet wurde der Stadtmobilitätsplan erstellt. Dieser wird zur Zeit im Planungsausschuss beraten und ebenfalls im Sessionnet einsehbar.

**Herr Stäglin** sagte, dass Parkzonen zunächst betrachtet und mit der Verkehrsbehörde besprochen werden müssen. Bei der Neugestaltung werden solche Parkzonen bereits geplant.

Zu den Kontrollen durch das Ordnungsamt bat **Herr Stäglin** um konkrete Beispiele, damit die Stadt den Hinweisen nachgehen kann. Der Stellenplan werde im Herbst im Rahmen des Haushalts 2019 beraten.

#### zu **Frau Gergele zu Falschparkern**

---

**Frau Gergele** sagte, dass sie regelmäßig die Dessauer Straße, die Paracelsusstraße und die Torstraße mit ihrem Fahrrad befährt. Seit Fertigstellung der Torstraße musste sie feststellen, dass die Radfahrstreifen in beiden Richtungen regelmäßig zugeparkt sind. Oftmals handelt es sich um dieselben Fahrzeuge. Sie fragte, wie die Stadtverwaltung das Problem des Falschparkens einschätzt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete, dass die Stadtverwaltung gegen Falschparker vorgeht, sobald konkrete Anzeigen vorliegen. Er bat Frau Gergele, Verstöße bei der Stadt anzuzeigen. Hier ist die Stadt auf die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

**zu Herr Gergele zu Falschparkern**

---

**Herr Gergele** übergab der Verwaltung ein Plakat mit verschiedenen Fotos von Falschparkern. Er sagte, dass Parkflächen für Fahrzeuge in der Stadt knapp sind. Er fragte, warum diese knappen Flächen verschenkt werden, also kostenfrei von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Weiterhin fragte er, welche Möglichkeit die Stadtverwaltung sieht, den fehlenden Parkplätzen entgegenzuwirken. Außerdem fragte er, welche Möglichkeit besteht, den Fahrzeugbestand in der Stadt zu reduzieren.

**Herr Stäglin** antwortete, dass eine Parkraumbewirtschaftung nicht aus rein finanziellen Gründen eingeführt werden kann. Es muss untersucht werden, ob verkehrliche Gründe dafür sprechen. Im Paulusviertel besteht der Parkdruck zum größten Teil hinsichtlich der Wohnnutzung. Die Zahl der motorisierten Haushalte hat sich in den letzten Jahren erhöht.

Weiterhin sagte er, dass es kein Grundrecht für das Parken vor der Haustür gibt. Jeder hat die Möglichkeit, sich bei privaten Anbietern einen Parkplatz zu mieten. Im Paulusviertel gab es ein innovatives Parkhaus, welche jedoch nicht wirtschaftlich war. Daraus kann man ableiten, dass der Parkdruck in diesem Viertel nicht so groß war.

Für die Schaffung neuer Parkplätze ist nicht allein die Kommune verantwortlich. Hier bedarf es Partnern, um solche Vorhaben zu finanzieren und entsprechende Flächen müssten zur Verfügung gestellt werden. Außerdem müssen Investoren in der Bauplanung dieses Thema berücksichtigen.

Die Stadt hat die verkehrspolitische Leitlinie beschlossen. Ziel ist die Förderung des Umweltverbundes, die Erhöhung des ÖPNV, insbesondere der Straßenbahn. Mit dem Stadtbahnprogramm soll der Straßenbahnverkehr verbessert werden. Außerdem wies **Herr Stäglin** auf die Schaffung von barrierefreien Haltestellen hin.

Weiterhin sagte er, dass bei einem Investitionsvorhaben auf Grund der Stellplatzsatzung die benötigten Stellplätze berücksichtigt werden müssen.

**zu Herr Fritz zum Status von Bürgerbeteiligungsinstrumenten**

---

**Herr Fritz** sagte, dass in der letzten Ratssitzung ein neuer Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt gewählt wurde. Herr Stäglin hat diesen Bereich in den letzten sieben Jahren sehr geprägt. Er fragte, ob mit dem neuen Beigeordneten die Instrumente der Bürgerbeteiligung beibehalten werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete, dass jeder Beigeordnete die Leitung seines Geschäftsbereichs selbstständig ausübt. Dazu gehört auch die Bürgerbeteiligung. Er empfahl Herrn Fritz über dieses Thema persönlich mit dem neuen Beigeordneten zu sprechen.

**Herr Fritz** bedankte sich bei Herrn Stäglin für die faire Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

**Herr Stäglin** sagte, dass sich das System der Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren bewährt hat und von den Stadträtinnen und Stadträten geschätzt wird. Welches das beste Verfahren ist, entscheidet jeder Beigeordnete selbst.

Weitere Einwohnerfragen gab es nicht. **Herr Lange** beendete die Einwohnerfragestunde.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 44. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde vom Vorsitzenden, **Herrn Hendrik Lange**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 48 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

## **Zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Lange** schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen;

### **TOP 7.5**

Aufstellung des Stadtmobilitätsplans der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/03827

→ **im Planungsausschuss vertagt**

### **TOP 7.16**

Satzung über die Gebühren für die Benutzung von Grünanlagen der Stadt Halle (Saale)(Grünanlagengebührensatzung)

Vorlage: VI/2018/04094

→ **im Finanzausschuss vertagt**

### **TOP 8.2**

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Abschaffung sachgrundloser Befristungen in der Stadtverwaltung und innerhalb der städtischen Gesellschaften

Vorlage: VI/2018/04018

→ **im Finanzausschuss vertagt**

### **TOP 8.4**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der Fassade des Stadthauses

Vorlage: VI/2018/03881

→ **in den Fachausschüssen vertagt**

### **TOP 8.5**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife

Vorlage: VI/2018/03885

→ **in den Fachausschüssen vertagt**

Im Weiteren informierte er, dass die Antwort der Verwaltung zur Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Neubau der 3-Feld-Sporthalle am Standort "Steg", Vorlage: VI/2018/04169, eine öffentliche Antwort ist und unter dem Tagesordnungspunkt 10.24 behandelt wird.

Zuletzt informierte **Herr Lange** über folgende Änderungen und Ergänzungen:

### **TOP 7.3**

Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 in der sonstigen Finanzwirtschaft zur Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

Vorlage: VI/2018/04135

- ➔ **Behandlung nach TOP 7.1 „Wirtschaftsplan 2018 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“**

### **TOP 7.4**

vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VI/2018/04170

- ➔ **hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor**

### **TOP 7.6**

Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/03767

- ➔ **Änderungen in der Sachdarstellung und im Wohnungspolitischen Konzept**

### **TOP 7.6.2**

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP sowie der sachkundigen Einwohner\*innen Guido Schwarzendahl, Jana Kozyk, Matthias Lux und Dirk Neumann zum wohnungspolitischen Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/03767

Vorlage: VI/2018/04035

- ➔ **CDU/FDP als Antragsteller hinzugefügt**

### **TOP 7.15**

Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen der Stadt Halle (Saale)

(Grünanlagenbenutzungssatzung)

Vorlage: VI/2018/04095

- ➔ **Änderung des Begriffes „Grünflächensatzung“ in „Grünanlagensatzung“ im Beschlussvorschlag**
- ➔ **Änderung des Begriffes „Grünfläche“ in „Grünanlage“ auf S. 4 Absatz 3 (Begründung)**
- ➔ **Synopse zur Grünanlagenbenutzungssatzung hinzugefügt**

### **TOP 7.19.1**

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Gedenktafel zur Ehrung von Stadtverordneten im Stadthaus (Vorlagen-Nummer: VI/2017/03654)

Vorlage: VI/2018/04134

- ➔ **Beschlussvorschlag geändert**

### **TOP 8.3**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten

Vorlage: VI/2015/01188

- ➔ **Beschlussvorschlag geändert**

## **TOP 10.12**

Anfrage des Stadtrates Dirk Gernhardt (Fraktion DIE LINKE) zu Strom- und Gassperren in Halle 2017

Vorlage: VI/2018/03953

➔ **wird im nicht öffentlichen Teil beantwortet**

**Herr Stäglin** sagte, dass der Tagesordnungspunkt 7.15 seitens der Verwaltung zu vertagen ist. Bisweilen wurden die Grünanlagenbenutzungssatzung und die Grünanlagegebührensatzung immer zusammen behandelt. Es konnte zum jetzigen Zeitpunkt keine einfache pragmatische Überleitungsvorschrift von den Regelungsstatbeständen der alten Satzung ermittelt werden. Sollte die Grünanlagenbenutzungssatzung heute allein beschlossen werden, gäbe es keine Regelungsbasis für Sondernutzung. Aus diesem Grund bittet die Verwaltung um Vertagung von TOP 7.15 und 7.16.

**Herr Krause** bat um Vertagung folgender Punkte:

- 8.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes  
Vorlage: VI/2017/03649
- 9.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Vorsitzender Stadtelternrat) zur Aufhebung von Schulbezirken für Sekundarschulen  
Vorlage: VI/2018/04091

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 30.05.2018
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.05.2018  
Vorlage: VI/2018/04203
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Wirtschaftsplan 2018 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: VI/2018/03851  
  
Behandlung TOP 7.3
- 7.2. Zuschussvertrag mit der Stadion Halle Betriebs GmbH

Vorlage: VI/2018/04127

- 7.3. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 in der sonstigen Finanzwirtschaft zur Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: VI/2018/04135
- 7.4. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2018/04170
- 7.4.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss - Vorlage: VI/29018/04170  
Vorlage: VI/2018/04215
- 7.5. *Aufstellung des Stadtmobilitätsplans der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: VI/2018/03827 *vertagt*
- 7.6. Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2018/03767
- 7.6.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2018/04029
- 7.6.1.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur BV Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) (VI/2018/03767) - VI/2018/04029  
Vorlage: VI/2018/04144
- 7.6.2. Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP sowie der sachkundigen Einwohner\*innen Guido Schwarzendahl, Jana Kozyk, Matthias Lux und Dirk Neumann zum wohnungspolitischen Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) Vorlage:  
VI/2018/03767  
Vorlage: VI/2018/04035
- 7.7. Beschluss zur Durchführung der vorbereitenden Untersuchung nach § 141 Baugesetzbuch (BauGB) zur möglichen Festsetzung eines Sanierungsgebietes im Medizinerviertel Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2018/03764
- 7.8. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 191 "Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße" - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2018/03899
- 7.9. Bebauungsplan Nr. 170.1 „Böllberger Weg/Mitte, An der ehemaligen Brauerei“ - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: VI/2017/03489
- 7.10. Bebauungsplan Nr. 170.1 „Böllberger Weg/Mitte, An der ehemaligen Brauerei“ - Satzungsbeschluss  
Vorlage: VI/2017/03490
- 7.11. Bebauungsplan Nr. 24 „Halle- Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum“, 1. Änderung - Beschluss zur öffentlichen Auslegung

- Vorlage: VI/2018/03820
- 7.12. Bebauungsplan Nr. 186 „Wohnbebauung Neuragoczystraße“ - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2018/03869
- 7.13. Änderung des Baubeschlusses zur Fluthilfemaßnahme Nr. 127 Talstraße vom 28.09.2016, Vorlagen-Nr. VI/2016/02107 in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Vorlagen-Nr. VI/2016/02379 zum Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße  
Vorlage: VI/2018/03876
- 7.14. Ergänzung des Baubeschlusses zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 im Zuge des Gimritzer Dammes und der Halle-Saale-Schleife (Vorlagen-Nummer: VI/2015/00735) Fluthilfemaßnahme Nr. 117A Abschnitt An der Wilden zur Wilden Saale bis zur Einmündung Weinbergweg  
Vorlage: VI/2018/03979
- 7.15. *Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) (Grünanlagenbenutzungssatzung)*  
Vorlage: VI/2018/04095 vertagt
- 7.16. *Satzung über die Gebühren für die Benutzung von Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) (Grünanlagegebührensatzung)*  
Vorlage: VI/2018/04094 vertagt
- 7.17. Baubeschluss - Allgemeine und energetische Sanierung der Turnhalle der 2. IGS Halle in der Mannheimer Straße 76, 06128 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE  
Vorlage: VI/2017/03625
- 7.18. Beschluss zur nachträglichen Änderung der Beschlussvorlage VI/2016/01868 HW 193 Sanierung der Pferderennbahn  
Vorlage: VI/2018/04099
- 7.19. Gedenktafel zur Ehrung von Stadtverordneten im Stadthaus  
Vorlage: VI/2017/03654
- 7.19.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Gedenktafel zur Ehrung von Stadtverordneten im Stadthaus (Vorlagen-Nummer: VI/2017/03654)  
Vorlage: VI/2018/04134
- 7.20. Namensgebung einer Schule, Lernzentrum Halle-Neustadt  
Vorlage: VI/2018/03873
- 7.21. Umsetzung ESF-Programm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen"  
Vorlage: VI/2018/04041
- 7.22. Umsetzung ESF-Programm "Schulerfolg sichern": Netzwerkstelle "Schulerfolg für Halle"  
Vorlage: VI/2018/03907
8. Wiedervorlage
- 8.1. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur*

- Förderung des Tierschutzes*  
Vorlage: VI/2017/03649 vertagt
- 8.2. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Abschaffung sachgrundloser Befristungen in der Stadtverwaltung und innerhalb der städtischen Gesellschaften*  
Vorlage: VI/2018/04018 vertagt
- 8.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten  
Vorlage: VI/2015/01188
- 8.4. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der Fassade des Stadthauses*  
Vorlage: VI/2018/03881 vertagt
- 8.5. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife*  
Vorlage: VI/2018/03885 vertagt
- 8.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Planung von Kitaplätzen für das Jahr 2019  
Vorlage: VI/2018/03802
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung der Ernst-Kamieth-Straße und des Ernst-Kamieth-Platzes  
Vorlage: VI/2018/04138
- 9.2. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur graffitifreien Altstadt  
Vorlage: VI/2018/04154
- 9.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) einen Grillplatz auf der Silberhöhe zu prüfen  
Vorlage: VI/2018/04150
- 9.4. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Vorsitzender Stadtelternrat) zur Aufhebung von Schulbezirken für Sekundarschulen*  
Vorlage: VI/2018/04091 vertagt
- 9.5. Antrag der SPD-Fraktion zum Einsatz einer Bibliothekspädagogin  
Vorlage: VI/2018/04147
- 9.6. Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von Personalkosten für den Stadt seniorenvertretung Stadt Halle e.V.  
Vorlage: VI/2018/04148
- 9.7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Hebammenversorgung im Wochenbett  
Vorlage: VI/2018/04163
- 9.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung einer Toilettenanlage auf der Würfelwiese

Vorlage: VI/2018/04165

- 9.9. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Neuausrichtung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“  
Vorlage: VI/2018/04093
- 9.10. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beteiligung am Konzept „Nette Toilette“  
Vorlage: VI/2018/04167
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Jugendarrest für Schüler  
Vorlage: VI/2018/04061
- 10.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Beschlussfassung des Stadtrates im Zusammenhang mit der Absicherung des Eishockeysports  
Vorlage: VI/2018/04078
- 10.3. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Kälteversorgungsanlage der alten Eissporthalle  
Vorlage: VI/2018/04079
- 10.4. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Baumaßnahme Osendorf - Fritz-Kießling-Straße/Wilhelm-Grothe-Straße  
Vorlage: VI/2018/04158
- 10.5. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Vergabe von Freikarten an ehrenamtlich Engagierte  
Vorlage: VI/2018/04160
- 10.6. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines IT Infrastrukturkonzeptes für die IT Landschaft an haleschen Schulen  
Vorlage: VI/2018/04162
- 10.7. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Umsetzung des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes  
Vorlage: VI/2018/04164
- 10.8. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen  
Vorlage: VI/2018/04166
- 10.9. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Terminen mit öffentlichem Charakter via Halle-App  
Vorlage: VI/2018/04168
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Gernot Töpfer (CDU/FDP-Fraktion) zu verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Radeweller Straße  
Vorlage: VI/2018/03957
- 10.11. Anfrage des Stadtrates Dirk Gernhardt (Fraktion DIE LINKE) zu Strom- und Gassperren in Halle 2017, VI/2018/03953
- 10.12. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu einer Lichtsignalanlage/einem

Fußgängerüberweg an der Kreuzung Torstraße/V. Vereinsstraße/Zwingerstraße  
Vorlage: VI/2018/03952

- 10.13. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle Saale zur Anwendung des Bieterverfahrens beim Verkauf kommunaler Grundstücke  
Vorlage: VI/2018/04141
- 10.14. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Ergebnissen einer Studie zu möglichen Erdbeben in der Region Halle-Leipzig  
Vorlage: VI/2018/04143
- 10.15. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Einnahmen durch Förder- und Hilfsprogramme  
Vorlage: VI/2018/04145
- 10.16. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Betreuung an Förderschulen  
Vorlage: VI/2018/04149
- 10.17. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bestand von Retentionsflächen im Stadtgebiet  
Vorlage: VI/2018/04161
- 10.18. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Herkunft von Natursteinen  
Vorlage: VI/2018/04152
- 10.19. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kompensationsflächen  
Vorlage: VI/2018/04155
- 10.20. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung städtischer Immobilien als Ateliers und Werkstätten  
Vorlage: VI/2018/04156
- 10.21. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung städtischer Immobilien für neu gegründete Unternehmen  
Vorlage: VI/2018/04157
- 10.22. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder  
Vorlage: VI/2018/04159
- 10.23. Anfrage der Stadträte Helmut-Ernst Kaßner und Markus Klätte zur Barrierefreiheit nach Arbeiten im öffentlichen Raum  
Vorlage: VI/2018/04087
- 10.24. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Neubau der 3-Feld-Sporthalle am Standort "Steg"  
Vorlage: VI/2018/04169
11. Mitteilungen
  - 11.1. Bericht über Maßnahmen zur Umsetzung der Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2013 bis 2017  
Vorlage: VI/2018/03787
  - 11.2. Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte

Vorlage: VI/2018/04053

- 11.3. Aktivitäten von Vereinen und Institutionen mit israelischen Städten und Einrichtungen  
Vorlage: VI/2018/04205
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12.1. Anfrage Herr Eigendorf zur Aufstellung von Mülleimern im Zentrum von Halle-Neustadt
- 12.2. Anfrage Herr Kaßner und Herr Klätte zum Eichenweg
- 12.3. Anfrage Herr Kaßner und Herr Klätte zu Hundewiesen
- 12.4. Anfrage des Stadtrates Johannes Krause (SPD) zu Beschwerden von Anwohnerinnen und Anwohnern der Silberhöhe
- 12.5. Anfrage der Stadträtin Ute Haupt zu Patenschaften für Bänke in der Stadt Halle (Saale)
- 12.6. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) Anfrage zur Teilnahme an der Landesgartenschau
- 12.7. Anfrage des Stadtrates Dennis Helmich (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Realisierung eines Fußgängerüberweges in Heide-Süd
- 12.8. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok zum Gebiet Schlosser-/Schmiedstraße
- 13. Anregungen
- 13.1. Anregung des Stadtrats Torsten Schiedung (SPD-Fraktion) zur Platzierung einer Fahrradabstellanlage am Rannischen Platz  
Vorlage: VI/2018/04153
- 13.2. Anregung Herr Dr. Wend zur Beleuchtung der Parkwege in Büschdorf
- 14. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 30.05.2018**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 30.05.2018.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

#### **zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.05.2018 Vorlage: VI/2018/04203**

---

**Herr Lange** sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.05.2018 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und bekannt gegeben sind und folglich im Amtsblatt veröffentlicht werden.

## zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte zunächst über die Freigabe der Wilden Saale. Diese darf seit dem 8. Juli 2018 mit Paddelbooten, Kajaks und Kanus befahren werden. Ziel ist die Förderung des sanften Wassertourismus. Die Befahrung der Wilden Saale ist zwischen dem 1. April und dem 31. Oktober von 9 bis 19 Uhr erlaubt. Die Idee entstand am Saalestammtisch und konnte nach mehreren Jahren der Vorbereitung jetzt umgesetzt werden.

Zudem informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die Händel-Festspiele. 58.000 Gäste aus aller Welt besuchten die Händel-Festspiele. Dies stellt gleichzeitig einen neuen Besucherrekord dar. Es gab 120 Veranstaltungen, davon 20 kostenfrei. Eröffnet wurden die Festspiele mit der Oper „Berenice“. Damit wurden in Halle als weltweit erstem Ort sämtliche Händel-Opern aufgeführt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte, dass sich die „Wildcats“, welche in die 1. Handball-Bundesliga aufgestiegen sind, in das Goldene Buch eingetragen haben. Diese Ehre hatte ebenfalls das Team der Schule des Lebens „Helen Keller“, welches die Goldmedaille bei den „Special Olympics“ in Kiel gewonnen hat. Beide Teams wurden anschließend zu einem gemeinsamen Frühstück eingeladen.

Weiterhin sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass am 8. Juni die Kinderstadt eröffnet hat. Bis zum 14. Juli können alle Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren teilnehmen. Ein großer Erfolg für die Stadt ist die rege Teilnahme von bislang ca. 500 Jungen und Mädchen pro Tag.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte über die Einweihung des neuen Steintor-Variété Foyers. Insgesamt wurden 4 Millionen Euro in das neue Foyer investiert. Aus dem Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ wurde die Passage mit 0,6 Millionen Euro und das Variété-Foyer mit 1,2 Millionen Euro gefördert.

Danach informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 40 in der Paracelsusstraße aufgrund einer verkehrsbehördlichen Anordnung. Er sagte, dass es sich dabei um eine Begrenzung stadteinwärts zwischen der Äußeren Hordorfer Straße und der Humboldtstraße handelt. Die Begrenzung gilt ab dem 2. Juli und ist vorerst auf ein Jahr begrenzt. Durch weniger Beschleunigungsvorgänge sollen die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte erreicht und Sperrmaßnahmen für einzelne Fahrzeuggruppen vermieden werden.

Zum Beschluss des Stadtrates zur Einführung eines Modellprojektes zum fahrscheinlosen ÖPNV sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Landesministerien in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen angeschrieben wurden. Sachsen und Sachsen-Anhalt lehnen einen fahrscheinlosen ÖPNV zum jetzigen Zeitpunkt ab. Die Sicherung der Finanzierung des heutigen Niveaus des ÖPNV habe für die Länder Priorität. Eine Antwort aus Thüringen liegt nicht vor.

Das Bundesministerium lehnt eine zusätzliche Aufnahme als Modellregion, neben den fünf gesetzten Städten, ab. Für die Sicherung der Daseinsvorsorge mittels öffentlichen Verkehrs spielt der fahrscheinlose ÖPNV derzeit in der Bundes- und Landespolitik keine Rolle.

Aus Sicht der Verwaltung ist bei der Suche nach alternativen und ergänzenden Finanzierungsmöglichkeiten für den ÖPNV im Rahmen des MDV bereits ein guter

Bearbeitungsstand erreicht. Diese Inhalte müssen nun auf Ebene des Landes politisch diskutiert werden.

Im Anschluss informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über einen aktuellen Ansiedlungserfolg: Die Schaeffler Automotive Aftermarket baut ein Montage- und Verpackungszentrum. Hierfür wurde nach dreijährigen Bemühungen der Grundstein im Star Park gelegt. Insgesamt werden 180 Millionen Euro investiert, dies stellt damit die größte Investition seit Jahren in Sachsen-Anhalt dar. Die Inbetriebnahme mit 900 Mitarbeitern ist für Ende 2019 vorgesehen. Dadurch steigt die Gesamtzahl der Arbeitsplätze im Star Park auf insgesamt 2700.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bedankte sich bei allen Beteiligten und beendete seinen Bericht.

## **zu 6            Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

---

**Herr Scholtyssek** sagte, dass er in dem Bericht das Thema Kongresszentrum vermisst hat. Im Aufstellungsbeschluss B-Plan wurde festgehalten, dass bis zum 30.06.2018 Investoren gesucht und über das Ergebnis informiert werden sollte. Da im Bericht des Oberbürgermeisters jedoch keine Informationen zu diesem Thema gegeben wurden, geht er davon aus, dass die Suche nicht erfolgreich verlaufen ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete, dass die Frage im Tagesordnungspunkt „mündliche Anfragen“ gestellt werden kann. Weiterhin sagte er, dass der Stadtrat ihn beauftragt hat, bis zum 30. Juni 2018 zu prüfen. Er bat darum, die verbleibenden Tage abzuwarten.

**Herr Lange** wies darauf hin, dass die Aussprache ausschließlich Sachverhalte aus dem Bericht des Oberbürgermeisters beinhalten kann.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht und **Herr Lange** beendete den Tagesordnungspunkt.

## **zu 7            Beschlussvorlagen**

---

### **zu 7.1        Wirtschaftsplan 2018 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Vorlage: VI/2018/03851**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** machte auf das Mitwirkungsverbot aufmerksam und bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 wird beschlossen.

**zu 7.3 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 in der sonstigen Finanzwirtschaft zur Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**  
**Vorlage: VI/2018/04135**

---

**Herr Raue** äußerte sich zu den rückgängigen Besucherzahlen bei Veranstaltungen der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle. Ursächlich sei für ihn das Sicherheitsbedürfnis der Bürger.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2018 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 18\_9-901\_2 sonstige Finanzvorgänge (HHPL Seite 1247)

Finanzpositionsgruppe 73\* Transferauszahlungen in Höhe von 2.075.000 EUR

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus der Sonderrücklage Sachkonto 2021\* in Höhe von 2.075.000 EUR

**zu 7.2 Zuschussvertrag mit der Stadion Halle Betriebs GmbH**  
**Vorlage: VI/2018/04127**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt den Oberbürgermeister den als Anlage 1 beigefügten Zuschussvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadion Halle Betriebs GmbH mit Datum vom 27.06.2018 abzuschließen.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadion Halle Betriebs GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Geschäftsführer der Stadion Halle Betriebs GmbH wird ermächtigt, den Zuschussvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadion Halle Betriebs GmbH (Anlage 1) mit Datum vom 27.06.2018 abzuschließen.

**zu 7.4 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss**  
**Vorlage: VI/2018/04170**

---

**zu 7.4.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss - Vorlage: VI/29018/04170**  
**Vorlage: VI/2018/04215**

---

Nach einer kurzen Verständigung über den bisherigen Werdegang der Vorlage und des Änderungsantrages, verwies die Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM diese in den Planungsausschuss und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

**zu 7.4.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss - Vorlage: VI/29018/04170**  
**Vorlage: VI/2018/04215**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag  
der Fraktion MitBÜRGER für HALLE/NEUES FORUM  
in den  
Ausschuss für Planungsangelegenheiten  
und  
durch Geschäftsordnungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den  
Ausschuss für Stadtentwicklung*

**Beschlussvorschlag:**

Der Text auf S. 6 ff. unter „3.Planungsziele und –zwecke“ erhält folgende geänderte Fassung:

**3. Planungsziele und – zwecke**

Das städtebauliche Konzept fußt auf dem vom Stadtrat beschlossenen „Städtebaulichen Leitbild Riebeckplatz“ (Beschluss-Vorlage: VI/2014/00187) und konkretisiert die darin formulierten Zielstellungen. Im Einzelnen legt die Planung folgende wesentliche Ziele fest, die zu erreichen sind:

- Stadtreparatur im östlichen Teil des bedeutenden Stadteingangs Riebeckplatz entsprechend der Ziele des städtebaulichen Leitbilds Riebeckplatz mit baulichen Hochpunkten als städtebauliche Dominante;
- Aufwertung des Stadteingangs durch hochwertige Nutzungen;
- Schaffung von Arbeitsplätzen;
- Verbesserung der Erschließungs- und Stellplatzsituation im Umfeld des Hauptbahnhofs sowohl für den MIV als auch für Rad- und Fußverkehr; dabei wird ein besonderer Fokus auf die Vernetzung mit dem vorhandenen Rondell und dem Hauptbahnhof sowie der Bauflächen untereinander gelegt;
- Steigerung der Attraktivität der Stadt als touristisches Ziel und als Konferenz- und Tagungsort durch die Bebauung der brachliegenden und untergenutzten Flächen.

### 3.1 Nutzungsarten und -ziele

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen im Zusammenhang mit § 1 Abs. 6, Nr. 4, 5 und 8 BauGB ~~insbesondere~~ folgende Entwicklungen verwirklicht werden:

- die Versorgungsfunktion der östlichen Innenstadt durch eine Neubebauung brach liegender Grundstücke zu erweitern;
- die Entwicklung der einzelnen Teilräume des Riebeckplatzes (NO, SO) unter Berücksichtigung des zentrumspezifischen Nutzungsspektrums mit Handel, Dienstleistungen, Büro, Wohnen, Hotel und Gastronomie zu betreiben;
- über das Vorhaben das städtebauliche Umfeld aufzuwerten;
- nachgefragte Flächen für kleinteiligen Einzelhandel, Büros und Dienstleistungen, Hotel- und Konferenzflächen in zentraler und sehr gut mit ÖPNV angebundener integrierter innerstädtischer Lage zu schaffen;
- die auf dem Vorhabengrundstück vorhandenen Stellplätze (ruhender Verkehr, PKW und Fahrrad) weitgehend in das Innere von Baukörpern zu verlagern;
- Ersatzflächen für die Busse des Regionalverkehrs zu schaffen.

In Bezug auf das Maß der baulichen Nutzung ~~werden insbesondere folgende Aspekte festgestellt~~ **wird folgende Bedingung festgelegt:**

- Höhendominanten **sind in den Teilräumen Nordost und Südost an geeigneten Standorten** festzulegen, die eine Höhe von 55 m nicht unterschreiten sollen;
- Raumkanten am Riebeckplatz auszubilden, welche die Freiräume und Gebäudestrukturen in geeigneter qualitativer und quantitativer Weise definieren;
- das Maß der baulichen Nutzung für die einzelnen Baufelder zu definieren, die der jeweilig geplanten Nutzungsart angemessen sind und ggfs. alternative Nutzungsformen zulassen.

### 3.2 Verkehrserschließung

Entwicklungsbedarf hat das Mobilitätskonzept ~~insbesondere~~ im Bereich Riebeckplatz hinsichtlich der Fuß- und Radwegebeziehungen. Das betrifft vor allem die Verbindung der einzelnen Teilräume untereinander, da die für einen Teilraum bspw. notwendigen Stellplätze in einem anderen Teilraum nachgewiesen werden müssen und hierfür eine fußläufige Verbindung benötigt wird. Es wird daher vereinbart,

- zusätzliche **direkte** Wegeanbindungen der einzelnen Teilräume vom zentralen Rondell aus zu schaffen;
- zusätzliche **direkte** Wegeanbindungen der einzelnen Teilräume untereinander über Tunnel- und/oder Ampelanlagen und/oder neue Brücken und Fußgängerbereiche zu schaffen;
- eine zusätzliche Fuß- und Radwegeanbindung vom Teilraum Nordost an die Magdeburger Straße zu ~~untersuchen~~ **schaffen**; Die Kosten hierfür werden durch den Käufer mit einem angemessenen Anteil getragen.

- ein öffentliches Fahrradparkhaus im Teilraum Südost zu etablieren, welches über ~~eine ausreichende Anzahl an Stellflächen~~ **400 Fahrradstellplätze (davon mindestens 350 überdacht)** verfügt. Der Investor verpflichtet sich zur Herstellung eines **betriebsbereiten Fahrradparkhauses**.

Für die Warteflächen der Busse des Regionalverkehrs, die sich zurzeit auf dem bestehenden Parkplatz befinden, ist eine Kompensationsmöglichkeit im Umfeld des ZOB zu finden.

### 3.3 Medientechnische Erschließung

Die einzelnen Teilräume des Riebeckplatzes sind unterschiedlich intensiv mit Medientrassen durchzogen, die überwiegend eine überörtliche Bedeutung haben und für die medienseitige Erschließung weiträumiger Bereiche bedeutsam sind.

Zur Planung wird daher vereinbart,

- die beabsichtigte Planung mit möglichst geringen Verlegungsbedarfen zu gestalten,
- die medienseitige Erschließung der einzelnen Baufelder in ausreichender Weise sicherzustellen,
- die Versorgungssicherheit des Bestandes nicht zu gefährden.

### 3.4 Grünplanung

Im Rahmen eines Verfahrens auf der Grundlage des §13 a BauGB gelten Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 BauGB erfolgt oder zulässig. Die in Ergänzung zu den zu überbauenden Bereichen entstehenden Freiräume sind dennoch wichtige Bausteine innerstädtischer Umweltqualität und gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Es wird daher vereinbart,

- den **hohen Versiegelungsgrad durch angemessene Maßnahmen für ein verbessertes Stadtklima ( wie begrünte Dächer und Fassaden, begrünte Etagen und Hausgärten; Baumpflanzungen auch innerhalb der Gebäude, Photovoltaikanlagen, Solarthermie) zu kompensieren**; ~~Ausgleich für Versiegelung durch hohe Qualität der Grünräume zu gestalten~~;
- die Grünräume zu einander in Bezug zu stellen;
- die Aufenthaltsqualität **der Grünflächen** so zu gestalten, dass ein Mehrwert zur IST-Situation erreicht **wird werden kann**.

~~Dies kann durch die besonders hochwertige Gestaltung der Freiflächen, durch Dachbegrünungen und andere geeignete Maßnahmen erfolgen.~~

An alle Planungen wird ein hoher gestalterischer Anspruch auf der Grundlage einer intensiven Standortanalyse der naturräumlichen Rahmenbedingungen gestellt, um die Qualität der grünplanerischen Zielstellungen zu sichern.

### 3.5. Umweltbelange

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es sich beim Riebeckplatz um einen ~~hochverdichteten~~ **hochfrequentierten** Verkehrsknoten handelt und die umliegenden Teilräume die oben genannten städtebaulichen Funktionen zu erfüllen haben, sollen nach Maßgabe des §1 Abs. 6 Nr. 7 e) und f) BauGB

- Emissionen vermieden, sachgerecht mit Abfällen und Abwasser umgegangen werden;
- erneuerbare Energien (z.B. Solarenergie) genutzt werden und sparsam und effizient mit Energie umgegangen werden.

II.

Auf S. 8 unter Punkt 4 letzter Absatz wird der vorhandene Text durch folgenden Textinhalt ersetzt:

„Zur Sicherung einer hohen architektonischen Qualität, die der Bedeutung des Riebeckplatzes als Stadteingang gerecht wird, sichert der Investor zwingend die Durchführung eines Wettbewerbes zur Fassadengestaltung unter Beteiligung des Gestaltungsbeirates und des Begleitgremiums der Stadträte zu.

Bei Nichtdurchführung des Fassadenwettbewerbs unter Beteiligung des Gestaltungsbeirates und des Begleitgremiums der Stadträte ist für die Stadt Halle (Saale) das Recht zum Rücktritt von den Grundstückskaufverträgen zu vereinbaren.“

**zu 7.4      vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" -  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2018/04170**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag  
der Fraktion MitBÜRGER für HALLE/NEUES FORUM  
in den  
Ausschuss für Planungsangelegenheiten  
und  
durch Geschäftsordnungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den  
Ausschuss für Stadtentwicklung*

**Der Stadtrat beschließt:**

1. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 174 „Riebeckplatz Ost“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 2,5 ha.
3. Das Planverfahren wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

**Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis:**

Es wird ein Begleitgremium für die Aufstellung des Bebauungsplanes 174 und seiner notwendigen Teilbebauungspläne gebildet, bestehend aus Mitgliedern der Fraktionen, der Investoren und der Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung. Auf Wunsch der Fraktionen können Mitglieder des Gestaltungsbeirates jederzeit hinzugezogen werden. Jede Fraktion kann zwei Stadtratsmitglieder in das Begleitgremium entsenden.

**zu 7.6 Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VI/2018/03767**

---

**zu 7.6.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VI/2018/04029**

---

**zu 7.6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur BV Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) (VI/2018/03767) - VI/2018/04029**  
**Vorlage: VI/2018/04144**

---

**zu 7.6.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP sowie der sachkundigen Einwohner\*innen Guido Schwarzendahl, Jana Kozyk, Matthias Lux und Dirk Neumann zum wohnungspolitischen Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/03767**  
**Vorlage: VI/2018/04035**

---

**Frau Dr. Schöps** brachte den Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM unter TOP 7.6.1 ein. Sie sagte, dass die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE unter TOP 7.6.1.1 übernimmt. Sie bat um Zustimmung zum Änderungsantrag.

**Herr Feigl** bezog sich auf den Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP und der sachkundigen Einwohner unter TOP 7.6.2 und bat um Einzelpunktabstimmung, Punkt 1 und im Block die Punkte 2 bis 6. Im Punkt 1 hält er die Formulierung „sollen“ als geeigneter als „können“, daher die beantragte Einzelpunktabstimmung.

**Herr Krause** brachte seine Freude zum Ausdruck, dass nun nach zweijähriger Diskussion ein wohnungspolitisches Konzept vorliegt. Zum Änderungsantrag unter TOP 7.6.2 und der von Herrn Feigl angesprochenen Formulierung sagte er, dass den Wohnungsgenossenschaften nicht vorgeschrieben werden kann, dass sie preisgünstigen Wohnraum erhalten „sollen“. Daher die Änderung der Formulierung im Punkt 1 von „sollen“ auf „können“. Die zwei städtischen Wohnungsgenossenschaften verpflichten sich zum Erhalt von preisgünstigem Wohnraum, die übrigen neun privaten Genossenschaften allerdings sollen dies auf freiwilliger Basis tun.

**Frau Krimling-Schoeffler** bedankte sich beim Ausschuss für Stadtentwicklung für die Diskussion und Zusammenarbeit sowie beim Beigeordneten Herrn Stäglin.

**Herr Raue** sagte, dass der Anteil ausländischer Bürgerinnen und Bürger in Halle-Neustadt mittlerweile 30 %, mit steigender Tendenz, beträgt. Er fragte, wie der Tatsache entgegengewirkt werden kann, dass sich dieser Personenkreis zentral an einer Stelle ansiedelt.

**Herr Paulsen** sagte, dass es im wohnungspolitischen Konzept darum geht, Wohnraum an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet zu schaffen, welcher durch die unterschiedlichen

Bevölkerungsschichten benötigt wird und bezahlt werden kann.

Im Weiteren bat **Herr Lange** um Abstimmung.

zu 7.6.2 **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP sowie der sachkundigen Einwohner\*innen Guido Schwarzendahl, Jana Kozyk, Matthias Lux und Dirk Neumann zum wohnungspolitischen Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/03767  
Vorlage: VI/2018/04035**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunkt Abstimmung**

Pkt. 1 mehrheitlich zugestimmt

Pkt. 2 einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Das wohnungspolitische Konzept wird auf der Seite 24 (41.2. Kooperationsvereinbarungen Mit den Wohnungsgesellschaften schließen) wie folgt geändert:

1. 3. Absatz, 2 Satz: Daher **können ~~sollen~~** die Wohnungsgenossenschaften dazu beitragen, dass preisgünstiger Wohnraum (...) erhalten wird.
2. 4. Absatz: „Von Seiten der Genossenschaften könnten **z.B.** folgende Maßnahmen ergriffen werden“
3. 4. Absatz, erster Anstrich:“ so dass es heißt, wie folgt: „-flexible Mietpreis- und Belegungsbindungen analog dem HWG-Modell für eine bestimmte Anzahl an Wohnungen in bestimmten Quartieren, **die unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete angeboten werden**“;
4. 5. Absatz, zweiter Anstrich - „Angebot von Grundstücken/Bauland, **für die aus Sicht der Genossenschaften konkrete Vorhaben denkbar sind**, im Rahmen von Konzeptvergabe.
5. **Umformulierung des letzten Satzes auf Seite 24 wie folgt** . „Von Seiten der Stadt wird die Vergabe von kommunalen Grundstücken zugunsten genossenschaftlichen Wohnungsbaus als Direktvergabe oder Konzeptvergabe **beabsichtigt geprüft**“
6. Auf Seite 8 **wird** unter „Stärken“ ergänzt: - **Hoher Fernwärmeversorgungsgrad**

zu 7.6.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur BV Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) (VI/2018/03767) - VI/2018/04029  
Vorlage: VI/2018/04144**

---

**Abstimmungsergebnis:**

erledigt

**Beschlussvorschlag:**

Der Entwurf des Wohnungspolitischen Konzeptes 2018 wird im Punkt 4.1 unter **Auftrag**, nach dem 1. Satz um folgenden Satz ergänzt:

Dies gilt insbesondere bei Konzeptvergaben, bei öffentlicher Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen bzw. beim Abschluss von Erbbaupachtverträgen mit den Bauträgern.

zu 7.6.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur  
Beschlussvorlage Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle  
(Saale)  
Vorlage: VI/2018/04029

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
24 Ja-Stimmen  
23 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

### **Beschluss:**

Der Entwurf des Wohnungspolitischen Konzeptes wird im Punkt 4.1. ergänzt um  
4.1.3. Beachtung sozialer Verträglichkeit und Diversität bei **größeren** Neubau- und  
Modernisierungsprojekten

#### Ziel

Im Dialog mit den Vorhabenträgern (kommunalen Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und privaten Investoren) soll angestrebt werden, im Rahmen von **größeren** Neubau- und Modernisierungsprojekten einen angemessenen Anteil an Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten für Haushalte mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, jedoch ohne KdU-Anspruch, bereitzustellen (z.B. Rentner, Studenten, Berufseinsteiger und junge Familien).

#### Grundlagen

Aufgrund des steigenden Wohnraumbedarfs wirken sich Neubau- und Modernisierungsvorhaben zunehmend auf die Struktur des Wohnungsbestandes, den Wohnungsmarkt und die Durchschnittsmiete in der Stadt Halle aus. Die Stadtverwaltung kann diese Entwicklung beeinflussen, indem sie konkrete Erwartungen kommuniziert

- im Zusammenhang mit Grundstücksverkäufen oder Konzeptvergaben,
- im Rahmen der vorgesehenen Kooperationsvereinbarungen mit Genossenschaften,
- durch klare Erwartungen an die kommunalen Wohnungsgesellschaften,
- im Rahmen der Beratung und Unterstützung von Investoren bei der Fördermitteleinwerbung
- oder der beabsichtigten Moderation zur Baulückenerschließung.

#### Stand

Während die Selbstverpflichtung der HWG dazu dienen soll, den Bedarf an KdU-gerechtem Wohnraum zu decken, werden Haushalte mit nur geringfügig höherem Einkommen bisher nicht explizit berücksichtigt. In Halle mit einem hohen Anteil an Niedriglohn-Branchen (Call-Center, Logistik) und mit Studenten und Absolventen dreier Hochschulen ist davon auszugehen, dass der Anteil solcher Haushalte nicht gering ist. Eine Nettokaltmiete gemäß KdU-Richtwert plus 20 Prozent entspricht für das Jahr 2017 der Durchschnittsmiete (s. 4.1. „preisgünstiger Wohnraum“) in der Stadt Halle (Saale) und kann als sozialverträglich für solche Bedarfe angesehen werden.

#### Auftrag

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten kommuniziert die Stadtverwaltung gegenüber Trägern von Neubau- und Modernisierungsvorhaben, die mehr als 20 Wohneinheiten umfassen, die klare Erwartungshaltung, dass 20% der Wohneinheiten zu einem Netto-Kaltnietpreis bereitgestellt

werden sollen, der die Höhe des jeweils aktuellen KdU-Richtwerts plus 20% nicht übersteigt.  
**Dies gilt insbesondere bei Konzeptvergaben, bei öffentlicher Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen bzw. beim Abschluss von Erbbaupachtverträgen mit den Bauträgern.**

**zu 7.6 Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VI/2018/03767**

---

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss**

1. Der Stadtrat beschließt das in der Anlage vorgelegte Wohnungspolitische Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in Kapitel 4 des Wohnungspolitischen Konzeptes 2018 aufgeführten wohnungspolitischen Maßnahmen umzusetzen und diese in der mittelfristigen Finanz- und Fördermittelplanung zu berücksichtigen. Für einzelne Maßnahmen, die einer weiteren Konkretisierung bedürfen, sind bei Bedarf gesonderte Beschlussvorlagen in den Stadtrat einzubringen.
3. Das Wohnungspolitische Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) ist mittelfristig zu evaluieren und bei Bedarf fortzuschreiben.

Der Entwurf des Wohnungspolitischen Konzeptes wird im Punkt 4.1. ergänzt um  
4.1.3. Beachtung sozialer Verträglichkeit und Diversität bei größeren Neubau- und Modernisierungsprojekten

**Ziel**

Im Dialog mit den Vorhabenträgern (kommunalen Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und privaten Investoren) soll angestrebt werden, im Rahmen von größeren Neubau- und Modernisierungsprojekten einen angemessenen Anteil an Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten für Haushalte mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, jedoch ohne KdU-Anspruch, bereitzustellen (z.B. Rentner, Studenten, Berufseinsteiger und junge Familien).

**Grundlagen**

Aufgrund des steigenden Wohnraumbedarfs wirken sich Neubau- und Modernisierungsvorhaben zunehmend auf die Struktur des Wohnungsbestandes, den Wohnungsmarkt und die Durchschnittsmiete in der Stadt Halle aus. Die Stadtverwaltung kann diese Entwicklung beeinflussen, indem sie konkrete Erwartungen kommuniziert

- im Zusammenhang mit Grundstücksverkäufen oder Konzeptvergaben,
- im Rahmen der vorgesehenen Kooperationsvereinbarungen mit Genossenschaften,
- durch klare Erwartungen an die kommunalen Wohnungsgesellschaften,
- im Rahmen der Beratung und Unterstützung von Investoren bei der Fördermitteleinwerbung
- oder der beabsichtigten Moderation zur Baulückenerschließung.

**Stand**

Während die Selbstverpflichtung der HWG dazu dienen soll, den Bedarf an KdU-gerechtem Wohnraum zu decken, werden Haushalte mit nur geringfügig höherem Einkommen bisher nicht explizit berücksichtigt. In Halle mit einem hohen Anteil an Niedriglohn-Branchen (Call-Center, Logistik) und mit Studenten und Absolventen dreier Hochschulen ist davon auszugehen, dass der Anteil solcher Haushalte nicht gering ist. Eine Nettokaltmiete gemäß KdU-Richtwert plus 20 Prozent entspricht für das Jahr 2017 der Durchschnittsmiete (s. 4.1. „preisgünstiger Wohnraum“) in der Stadt Halle (Saale) und kann als sozialverträglich für solche Bedarfe angesehen werden.

### Auftrag

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten kommuniziert die Stadtverwaltung gegenüber Trägern von Neubau- und Modernisierungsvorhaben, die mehr als 20 Wohneinheiten umfassen, die klare Erwartungshaltung, dass 20% der Wohneinheiten zu einem Netto-Kaltnietpreis bereitgestellt werden sollen, der die Höhe des jeweils aktuellen KdU-Richtwerts plus 20% nicht übersteigt. Dies gilt insbesondere bei Konzeptvergaben, bei öffentlicher Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen bzw. beim Abschluss von Erbbaupachtverträgen mit den Bauträgern.

Das wohnungspolitische Konzept wird auf der Seite 24 (41.2. Kooperationsvereinbarungen Mit den Wohnungsgesellschaften schließen) wie folgt geändert:

7. 3. Absatz, 2 Satz: Daher können die Wohnungsgenossenschaften dazu beitragen, dass preisgünstiger Wohnraum (...) erhalten wird.
8. 4. Absatz: „Von Seiten der Genossenschaften könnten z.B. folgende Maßnahmen ergriffen werden“
9. 4. Absatz, erster Anstrich:“ so dass es heißt, wie folgt: „-flexible Mietpreis- und Belegungsbindungen analog dem HWG-Modell für eine bestimmte Anzahl an Wohnungen in bestimmten Quartieren, die unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete angeboten werden“;
10. 5. Absatz, zweiter Anstrich - „Angebot von Grundstücken/Bauland, für die aus Sicht der Genossenschaften konkrete Vorhaben denkbar sind, im Rahmen von Konzeptvergabe.
11. Umformulierung des letzten Satzes auf Seite 24 wie folgt . „Von Seiten der Stadt wird die Vergabe von kommunalen Grundstücken zugunsten genossenschaftlichen Wohnungsbaus als Direktvergabe oder Konzeptvergabe beabsichtigt “
12. Auf Seite 8 wird unter „Stärken“ ergänzt: - Hoher Fernwärmeversorgungsgrad

**zu 7.7      Beschluss zur Durchführung der vorbereitenden Untersuchung nach § 141 Baugesetzbuch (BauGB) zur möglichen Festsetzung eines Sanierungsgebietes im Medizinerviertel Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2018/03764**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                      einstimmig zugestimmt**

### **Beschluss:**

1.      Der Stadtrat beschließt die Durchführung von vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 BauGB für das in Anlage 1 definierte Untersuchungsgebiet im Medizinerviertel Halle (Saale) und beauftragt die Verwaltung, alle dafür notwendigen Schritte zu veranlassen.
2.      Der Beschluss ist ortsüblich bekanntzumachen. Dabei ist auf die Auskunftspflicht

nach § 138 BauGB hinzuweisen.

**zu 7.8      vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 191 "Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße" - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2018/03899**

---

**Frau Krimmling-Schoeffler** bat um Konkretisierung der Formulierung im Beschluss, dass ein „etwaiger Waldverlust ausgeglichen werden muss“.

**Herr Stäglin** sagte, dies zum jetzigen Zeitpunkt nur als Anregung aufnehmen zu können, da es sich um den Aufstellungsbeschluss handelt. Im Weiteren Verfahren wäre dann zu klären, welche Flächen zur Verfügung stehen und wo ein Ausgleich möglich wäre.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 191 „Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 1,76 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

**zu 7.9      Bebauungsplan Nr. 170.1 „Böllberger Weg/Mitte, An der ehemaligen Brauerei“ - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: VI/2017/03489**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                      einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 170.1 „Böllberger Weg/Mitte, An der ehemaligen Brauerei“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen

abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 7.10 Bebauungsplan Nr. 170.1 „Böllberger Weg/Mitte, An der ehemaligen Brauerei“ -Satzungsbeschluss  
Vorlage: VI/2017/03490**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 170.1 „Böllberger Weg/Mitte, An der ehemaligen Brauerei“, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 10. Januar 2018 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 10. Januar 2018 wird gebilligt.

**zu 7.11 Bebauungsplan Nr. 24 „Halle- Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum“, 1. Änderung - Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: VI/2018/03820**

---

**Herr Eigendorf** sagte, dass eine neue Stellungnahme des HEP vorliegt. Durch die neuen Argumente, die Bedeutung des HEP und die Tragweite der zu fällenden Entscheidung ist eine erneute Diskussion im Ausschuss für Planungsangelegenheiten nötig.

**Herr Stäglin** stimmte dem zu.

**Herr Schied** schloss sich dem an und stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Fachausschuss.

**Abstimmungsergebnis: verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
in den  
Ausschuss für Planungsangelegenheiten*

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 24 „Halle- Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum“, 1. Änderung in der Fassung vom 06.04.2018 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 24 „Halle- Bruckdorf, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungszentrum“, 1. Änderung in der Fassung vom 06.04.2018 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 7.12    Bebauungsplan Nr. 186 „Wohnbebauung Neuragoczystraße“ -  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2018/03869**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 186 „Wohnbebauung Neuragoczystraße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 3,4 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

**zu 7.13    Änderung des Baubeschlusses zur Fluthilfemaßnahme Nr. 127 Talstraße  
vom 28.09.2016, Vorlagen-Nr. VI/2016/02107 in der Fassung des  
Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
Vorlagen-Nr. VI/2016/02379 zum Baubeschluss  
Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße  
Vorlage: VI/2018/03876**

---

**Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses zur Fluthilfemaßnahme Nr. 127 Talstraße hinsichtlich der Verkehrsführung des Rad- und Fußgängerverkehrs im Abschnitt Ernst-Grube-Straße bis Kröllwitzer Straße gemäß dem Prüfergebnis der Unteren Verkehrsbehörde.

**zu 7.14 Ergänzung des Baubeschlusses zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 im Zuge des Gimritzer Dammes und der Halle-Saale-Schleife (Vorlagen-Nummer: VI/2015/00735) Fluthilfemaßnahme Nr. 117A Abschnitt An der Wilden zur Wilden Saale bis zur Einmündung Weinbergweg  
Vorlage: VI/2018/03979**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt in Ergänzung zum Baubeschluss Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 im Zuge des Gimritzer Dammes und der Halle-Saale-Schleife vom 30.09.2015 (Vorlagen-Nummer: VI/2015/00735) die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 117A Abschnitt An der Wilden Saale bis zur Einmündung Weinbergweg entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 7.17 Baubeschluss - Allgemeine und energetische Sanierung der Turnhalle der 2. IGS Halle in der Mannheimer Straße 76, 06128 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE  
Vorlage: VI/2017/03625**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die allgemeine und energetische Sanierung der Turnhalle am Standort Mannheimer Straße 76 in 06128 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE.

**zu 7.18 Beschluss zur nachträglichen Änderung der Beschlussvorlage VI/2016/01868 HW 193 Sanierung der Pferderennbahn  
Vorlage: VI/2018/04099**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

## **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

1. die Änderung des Baubeschlusses (Vorlagen-Nr. VI/2016/01868) zur HW-Maßnahme 193 Sanierung der Pferderennbahn in Halle (Saale) mit einem erhöhten Kostenrahmen, aufgrund von Änderungen im Planungs- und Bauverlauf entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).
2. in Folge zu Beschlusspunkt 1. eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2018 im Finanzhaushalt für:

PSP-Element 8.11127013 HW 193 Rennbahn – Gebäude/Außenanlagen  
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 995.800 EUR.

Die Deckung erfolgt aus:

PSP-Element 8.11127013 HW 193 Rennbahn – Gebäude/Außenanlagen  
Finanzpositionsgruppe 681 Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 995.800 EUR.

3. in Folge zu Beschlusspunkt 1. eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2018 im Finanzhaushalt für:

PSP-Element 8.11127013 HW 193 Rennbahn – Gebäude/Außenanlagen  
(HHPL Seite 881/1258)  
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 500.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus:

PSP-Element 8.21601013 Sekundarschule Am Fliederweg (STARK III)  
(HHPL Seite 1078/1277/1290)  
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 500.000 EUR.

4. die Wiederherstellung großer Teile der Außenanlagen unter Berücksichtigung denkmalrechtlicher Auflagen entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013), vorbehaltlich der Gewährung der Zuwendung.

5. in Folge zu Beschlusspunkt 4. eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2018 im Finanzhaushalt für:

PSP-Element 8.11127013 HW 193 Rennbahn – Gebäude/Außenanlagen  
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 200.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus:

PSP-Element 8.11127013 HW 193 Rennbahn – Gebäude/Außenanlagen

Finanzpositionsgruppe 681 Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 200.000 EUR.

6. in Folge zu Beschlusspunkt 4. eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2018 im Finanzhaushalt für:

PSP-Element 8.11127013 HW 193 Rennbahn – Gebäude/Außenanlagen  
(HHPL Seite 881/1258)

Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 3.130.900 EUR.

Die Deckung erfolgt aus:

PSP-Element 8.23101022 BbS III, J. C. Dreyhaupt (STARK III), 3. Antragsverfahren  
(HHPL Seite 1116/1277/1293)

Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 3.130.900 EUR.

**zu 7.19 Gedenktafel zur Ehrung von Stadtverordneten im Stadthaus**  
**Vorlage: VI/2017/03654**

---

**zu 7.19.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur**  
**Beschlussvorlage Gedenktafel zur Ehrung von Stadtverordneten im**  
**Stadthaus (Vorlagen-Nummer: VI/2017/03654)**  
**Vorlage: VI/2018/04134**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**zu 7.19.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur**  
**Beschlussvorlage Gedenktafel zur Ehrung von Stadtverordneten im**  
**Stadthaus (Vorlagen-Nummer: VI/2017/03654)**  
**Vorlage: VI/2018/04134**

---

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im** Verfahren der Umsetzung des Beschlusses ~~wird~~ **angeregt, Folgendes zu berücksichtigen:**

1. Die Historie der neu anzubringenden Gedenktafel sowie die Historie der im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen des Stadthauses in den 1990er Jahren abgehängten Gedenktafel und die Hintergründe zu den auf der neuen Gedenktafel verzeichneten Stadtverordneten werden aufbereitet und veröffentlicht.
2. Es wird eine deutlichere Unterscheidung bzw. Abgrenzung zwischen den Stadtverordneten, die im Nationalsozialismus ihr Leben verloren und aus dem Amt gedrängt wurden bzw. die in der Sowjetischen Besatzungszone aus dem Amt gedrängt wurden, vorgenommen.

**zu 7.19 Gedenktafel zur Ehrung von Stadtverordneten im Stadthaus**  
**Vorlage: VI/2017/03654**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Erstellung und Anbringung einer Gedenktafel im Stadthaus zur Ehrung von Stadtverordneten, die während der beiden deutschen Diktaturen verfolgt, unterdrückt, aus dem Mandat gedrängt oder ermordet wurden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Verfahren der Umsetzung des Beschlusses, Folgendes zu berücksichtigen:

1. Die Historie der neu anzubringenden Gedenktafel sowie die Historie der im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen des Stadthauses in den 1990er Jahren abgehängten Gedenktafel und die Hintergründe zu den auf der neuen Gedenktafel verzeichneten Stadtverordneten werden aufbereitet und veröffentlicht.
2. Es wird eine deutlichere Unterscheidung bzw. Abgrenzung zwischen den Stadtverordneten, die im Nationalsozialismus ihr Leben verloren und aus dem Amt gedrängt wurden bzw. die in der Sowjetischen Besatzungszone aus dem Amt gedrängt wurden, vorgenommen.

**zu 7.20 Namensgebung einer Schule, Lernzentrum Halle-Neustadt**  
**Vorlage: VI/2018/03873**

---

**Herr Schachtschneider** sagte, dass die CDU/FDP-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen kann. Eine Streichung der Formulierung „Schule“ ist nicht zielführend. Allein private Schul-Einrichtungen grenzen sich durch eine entsprechende Namensgebung ab. Dies ist hier nicht gegeben. Er empfahl eine erneute Diskussion im Ausschuss.

**Frau Ranft** sagte, dass die Gesamtkonferenz der Namensänderung zugestimmt hat. Eine Verweisung in den Fachausschuss sei nicht zielführend, da über die Thematik bereits ausführlich diskutiert wurde. Sie bat um Zustimmung zur Vorlage.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Bildungsausschuss. Dieser wurde mehrheitlich abgelehnt.

Im Folgenden bat **Herr Lange** um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz zu folgen und die Förderschule Lernen Neustadt in

Lernzentrum Halle-Neustadt

(ohne Bezeichnung der Schulform im Schulnamen) umzubenennen.

**zu 7.21 Umsetzung ESF-Programm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen"**  
**Vorlage: VI/2018/04041**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Weiterführung von 4,0 Stellen im Stellenplan der Stadtverwaltung Halle (Saale) in Umsetzung des ESF-Landesprogrammes "Familien stärken – Perspektiven eröffnen" für den Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 31.12.2020.

<b>Amts-/Funktionsbezeichnung</b>	<b>Besoldungsgruppe Entgeltgruppe</b>	<b>Anzahl der Stellen in VZS</b>
Familienintegrationscoach	S15	4,000

**zu 7.22 Umsetzung ESF-Programm "Schulerfolg sichern": Netzwerkstelle  
"Schulerfolg für Halle"**  
**Vorlage: VI/2018/03907**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Aufnahme von 1,5 Stellen in den Stellenplan der Stadtverwaltung Halle (Saale) zur weiteren Umsetzung des ESF-Landesprogrammes "Schulerfolg sichern" für den Zeitraum vom 01.08.2018 bis zum 31.07.2020.

<b>Amts-/Funktionsbezeichnung</b>	<b>Besoldungsgruppe Entgeltgruppe</b>	<b>Anzahl der Stellen in VZS</b>
Netzwerkstellenkoordinatorin	E 10	1,000
Netzwerkassistentin	E8	0,500

**zu 8        Wiedervorlage**

---

**zu 8.3      Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten  
Vorlage: VI/2015/01188**

---

**Herr Helmich** brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung.

**Herr Doege** sagte, dass die CDU/FDP-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen kann. Die Zielsetzung des Antrages hat sich derart geändert. Selbst der Erhalt der Fläche als Bolzplatz ist mit Pflegearbeiten und Kosten verbunden. Mitunter könnte es zu Schwierigkeiten kommen, wenn es zu gegebener Zeit wieder um die Vergabe von Fördermitteln geht. Folglich stimmt die Fraktion dem Antrag nicht zu.

**Frau Dr. Marquardt** verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Es handelt sich bei der Fläche um eine Retentionsfläche, welche nicht anderweitig genutzt werden kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat befürwortet, dass nach dem Umzug des HFC-Nachwuchsleistungszentrums in den Stadtteil Silberhöhe, die bestehenden Naturrasenfußballplätze am Sandanger ganz oder teilweise in ein Gesamtkonzept mit Camping- und Caravanplatz integriert und für den Freizeitsport (u.a. Fußball) als öffentlich frei zugängliche Sportplätze genutzt werden können.

**zu 8.6      Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Planung von Kitaplätzen für das Jahr 2019  
Vorlage: VI/2018/03802**

---

**Frau Dr. Schöps** brachte den Antrag im Namen der Fraktion ein.

**Herr Dr. Wend** sagte, dass die Versorgung insgesamt gut ist, aber Verbesserungspotential besteht. Aus diesem Grund wird die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Einzelpunkt abstimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **Einzelpunkt abstimmung**  
Pkt. 1 einstimmig zugestimmt  
Pkt 2    mehrheitlich zugestimmt

## **Beschlussvorschlag:**

Im Hinblick auf den zukünftigen Bedarf an Kitaplätzen wird der Oberbürgermeister beauftragt, bei der Planung für das Jahr 2019 folgendes Szenario ergänzend zur eigenen Planung zu prüfen und dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung ausführlich mit Darlegung einer möglichen Umsetzung und der Folgen für die Verwaltung und die Träger der Kindertageseinrichtungen im dritten Quartal 2018 vorzulegen:

1. Für die Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 soll davon ausgegangen werden, dass lediglich 98% der Kapazitäten laut Betriebserlaubnissen aller Einrichtungen zur Verfügung stehen.
2. Bei aufwachsenden neuen Kitas sind in Absprache mit den jeweiligen Trägern Prognosen für das stufenweise Aufwachsen zu erstellen und die entsprechend nur anteilig verfügbare Platzanzahl in der Planung zu berücksichtigen.

## **zu 9      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 9.1      Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung der Ernst-Kamieth-Straße und des Ernst-Kamieth-Platzes Vorlage: VI/2018/04138**

---

- *Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.* -

#### **Herr Lange**

Wir haben den Punkt 9, das sind die Anträge von Fraktionen und Stadträten. Hier zuerst der Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbenennung der Ernst-Kamieth-Straße. Herr Scholtyssek, bitte.

#### **Herr Scholtyssek**

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Heute vor einem Jahr, am 16. Juni 2017, ist im Alter von 87 Jahren, Helmut Kohl verstorben. Er war nicht nur 16 Jahre Bundeskanzler und damit länger als jeder andere vor oder nach ihm. Helmut Kohl ist der Vater der Deutschen Einheit. Als viele Politiker in der alten Bundesrepublik längst nicht mehr an die Deutsche Einheit glaubten, hat er die Wiedervereinigung fest im Blick gehabt und sich stets geweigert, eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft, neben der Deutschen Staatsangehörigkeit, anzuerkennen. Der erfolgreiche Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990, als Grundstein zur deutschen Wiedervereinigung, ist neben dem Verdienst von Hans-Dietrich Genscher, ganz sicher auch sein Verdienst. Wer weiß, wie die Gespräche mit den Westmächten, mit den zweifelten und teilweise sehr kritischen Westmächten, den Franzosen, den Briten, den Amerikanern und auch den Sowjets ohne ihn ausgegangen wären. Die deutsche Wiedervereinigung ist Helmut Kohls historische Hinterlassenschaft, dafür steht er in den Geschichtsbüchern. Auch die Stadt Halle im Herzen Mitteldeutschlands hat Helmut Kohl viel zu verdanken. Aufgrund seines festen politischen Willens konnte die Chemieregion hier erhalten werden. Ansonsten wären die Strukturbrüche in der Wirtschaft und damit auch in den Erwerbsbiografien noch dramatischer ausgefallen als sie es ohne hin waren. Aus Dankbarkeit für seine Verdienste halten wir es für angemessen, Helmut Kohl mit einer Straße in Halle zu ehren und es damit Städten wie Erfurt, Dessau oder auch Burg

gleich zu tun. Da Straßenumbenennungen immer ein sensibles Thema sind, haben wir uns bewusst für eine Straße entschieden mit relativ wenigen Anliegern, die aber dennoch aufgrund ihrer zentralen Lage am Hauptbahnhof für diese Ehrung geeignet ist. Der Hauptbahnhof bietet sich geradezu an, da dort bereits für Hans-Dietrich Genscher eine Ehrung vollzogen wurde. Die Ehrung für den Vater der Deutschen Einheit, Helmut Kohl, gehört für uns auch nah an die Ehrung des Architekten der Deutschen Einheit, Hans-Dietrich Genscher. Daher werben wir um Zustimmung für unseren Antrag. Vielen Dank.

### **Herr Lange**

Frau Müller bitte.

### **Frau Müller**

Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen gleich mal Klartext vorneweg, damit man auch gleich weiß, woran man bei uns ist. Wir lehnen diesen Antrag klar ab. Ich möchte das auch begründen. Ich möchte jetzt gar nicht weiter auf die Verdienste und die Wiedervereinigung von Helmut Kohl eingehen, das hat Herr Scholtyssek ausgeführt. Das mag unbestritten sein. Wir betrachten dennoch auch andere Seiten von Helmut Kohl, die für uns ganz klar zu dem Schluss nur zulassen, ich sage bewusst für uns den Schluss nur zulassen, dass er es nicht wert ist, hier in Halle mit einer Straße geehrt zu werden. Ich möchte versuchen, das mal darzulegen. Spendenaffäre, das ist alles bekannt. Eine Spendenaffäre, die im Endeffekt wahrscheinlich nicht mal eine Spendenaffäre war, weil neuste historische Erkenntnisse auch zeigen, dass das im Grunde eine falsche Fährte war, um ein riesiges Schwarzkassensystem unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl zu vertuschen, kann man sich eine wunderbare Reportage angucken, im Übrigen auch eine seriöse Reportage, wo Wolfgang Schäuble als Kronzeuge des Ganzen auftaucht. Was aber auch, und das ist wirklich auch ein Punkt und das spielt in der heutigen Zeit auch gerade eine Rolle, vor 25 Jahren, 1993 im Mai passierte der Anschlag auf Solingen, auf das Haus, in dem ausländische Bürgerinnen und Bürger in Solingen wohnten. Fünf Menschen kamen damals dabei ums Leben. Und ein Helmut Kohl hat es damals nicht für nötig gehalten, an den Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen. Er hat damals seinen Regierungssprecher sagen lassen, dass er weiß Gott andere und wichtigere Termine hat und man wolle schließlich nicht, Zitat: „In Beileidstourismus ausbrechen.“ Und jetzt vergleiche ich mal die Situation von 1993 mit der Situation von heute, wo wir uns heute befinden und das ist dann im Grunde auch nochmal umso schwerwiegender das Ganze. Und Herr Scholtyssek, Sie haben es gerade in Ihrer Rede gar nicht gesagt, aber es steht im Antrag drin. Da steht drin, man möchte Helmut Kohl um die Verdienste, um die Europäische Integration würdigen. Ja, auch da hat er seine Verdienste. Ich muss aber ganz ehrlich sagen, wenn ich sehe, was die CSU, aber leider eben auch Teil der CDU, und ich finde es schade, dass Herr Bernstiel heute nicht da ist, weil seine Auslassungen dazu konnten wir in letzter Zeit zur Genüge hören. Die Europäische Integration wird auf Bundesebene, gerade von CDU und CSU massiv angegraben, ich drücke es jetzt mal so flach aus. Es bedarf eigentlich ernsterer Worte. Das, was hier gerade versucht wird, ist eine Rückkehr zu Nationalstaaten oder zu einem nationalstaatlichen Denken, gerade auch in der Frage der, also in der Flüchtlingsfrage, Abschottung. Wenn Sie jetzt mit dem Europäischen Integrationsgedanken von Herrn Kohl kommen, finde ich das an der Stelle, naja, zumindest widersprüchlich. Lange Rede, kurzer Sinn, für uns gibt es überdies noch den Grund, dass Helmut Kohl kein Bezug zu Halle hat. Wir haben das bei Genscher damals auch noch eingesehen. Genscher war Bürger Halles. Helmut Kohl ist es nicht. Das einzige, was ihn mit Halle in Verbindung bringt, ist der Eierwurf, hier auf dem Marktplatz damals. Und jetzt will ich auch nicht falsch verstanden werden. Ich fände das nicht gut. Ich finde auch Eier auf Menschen zu werfen ist kein Mittel der politischen oder überhaupt der Auseinandersetzung.

-Zwischenruf durch Herrn Raue-

### **Frau Müller**

Herr Raue, einfach mal die Klappe halten. Tut mir Leid. Sie sind eventuell noch nachher dran, aber besser nicht. So. Ich finde nicht, dass das ein politisches Mittel ist. Aber diese Wut, die sich damals auch hier entladen hat und so viel auch zum Thema Wiedervereinigung, diese Wut, die sich damals hier entladen hat, die war zumindest nachvollziehbar. Ich sage nur Stichwort - blühende Landschaften - die versprochen wurden, und das, was am Ende dabei rauskam. Gerade hier in der Region Halle, das muss man auch mal anerkennen.

-Zwischenrufe-

### **Frau Müller**

Das geht jetzt aber noch mal auf meine Redezeit drauf, wenn hier alle Zwiegespräche führen. So. Das ist unsere Meinung, die wir dazu haben und die muss uns auch mal zustehen. Und die Wiedervereinigung war eben auch gerade für die Menschen hier, nicht nur das worauf sie, also wie sie gerne glorifiziert wird. Und letzten Endes haben wir hier eine Angleichung auch nach fast 30 Jahren noch nicht, ich sage nur Renten, ich sage nur Löhne, aber das ist alles Nebensache. Noch eine persönliche Bemerkung, dafür möchte ich jetzt nicht meine ganze Fraktion vergattern, aber es ist meine persönliche Meinung. Ich glaube tatsächlich, wir haben in diesem Stadtrat was anderes zu tun und wir haben auch dringendere Probleme in Halle als ständig darüber zu diskutieren, wie wir hier unsere parteipolitischen Hegemonieansprüche im Straßenbild verewigen.

Das muss nicht sein und das werden Sie mit mir hier auch nicht erleben, dass ich hier einen Antrag stelle auf eine Karl-Marx-Straße oder irgendwas. Wie gesagt, ich spreche jetzt ganz bewusst für mich. Letzten Endes, ich bin nicht grundsätzlich gegen Straßenehrungen, ich bin auch nicht grundsätzlich gegen Erinnerungskultur, ganz im Gegenteil, aber wie gesagt, parteipolitische Hegemonieansprüche im Straßenbild zu verewigen, es versteht draußen kein Mensch, weil geht hinterher auch niemandem besser.

### **Herr Lange**

Frau Müller, die Redezeit ist jetzt um.

### **Frau Müller**

Ich bin im Grunde auch schon am Ende. Ich will nur sagen, lassen Sie uns auch mal zumindest darüber nachdenken, mich erinnert das manchmal auch ein Stückweit daran, das ist wie Hunde, die an jedem zweiten Baum ihr Bein heben, um ihr Revier zu markieren. Und das muss man nicht unbedingt machen. Danke.

### **Herr Lange**

So, jetzt hat Herr Helmich sich zu Wort gemeldet.

### **Herr Helmich**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie sich erinnern, haben wir uns auch als Fraktion bei der Straßenumbenennung, bei der Platzumbenennung Hans-Dietrich Genscher nicht besonders leicht getan. Das muss man der Ehrlichkeit halber sagen. Dahinter liegt aber auch der Grundsatz, dass auch wir eine problematische, es als problematisch ansehen, Plätze nach Politikerinnen und Politikern der neueren Geschichte zu benennen und das mache ich auch tatsächlich ganz unabhängig von der jeweiligen Person. Ich finde es auch schwierig, diese Diskussion immer wieder an Einzelpersonen, die sich auch nicht wehren können, wieder aufzuladen. Aber wenn es einen Grundsatz geben sollte, wenn man wirklich eine Straßenumbenennung als richtige Variante für Halle ansieht, dann muss man einfach den Bezug des Namensgebers für die Stadt als die maßgebliche Richtlinie für eine Entscheidung ansehen und bei Herrn Dr. Helmut Kohl gibt es in meinen Augen und in den Augen meiner Fraktion keinerlei Verbindung zur Stadt Halle, die diese Ehrung rechtfertigen würde.

Alle anderen Formen von Ehrungen, da müssen sie nur schauen, was um den Todestag von Herrn Dr. Kohl passiert ist, sind in Größenordnungen stattgefunden, wie sie es glaube ich in Deutschland oder wie es ein deutscher Politiker bisher nicht erhalten hat, Stichwort einfach auch Europäischer Trauerakt oder ähnliches. Die Größenordnungen sind da erschöpft und wenn wir als Stadtrat Halle eine Entscheidung darüber treffen sollen, da müssen wir den Bezug zur Stadt als maßgebliches Kriterium anwenden, es gibt keinen in meinen Augen historisch begründbaren Bezug zu dieser Stadt, als dass es diese Ehrung rechtfertigen würde und wir lehnen daher diesen Antrag auch ab.

**Herr Lange**

Herr Krause.

**Herr Krause**

Meine Damen und Herren, ich will gar nicht inhaltlich so tief in die Sache reingehen. Aber die Diskussion hat eben schon gezeigt, man kann ja Personen, Situationen, bestimmte Dinge einfach auch subjektiv unterschiedlich sehen. Die SPD-Fraktion wird dem Antrag zustimmen, aber an die Adresse der CDU/FDP-Fraktion eine ganz klare Ansage. Wir sind super enttäuscht darüber, dass Ihr wieder mal nicht den Weg gefunden habt mit den anderen Fraktionen vorher zu reden. Ihr stellt einen Antrag ein, da geht es um eine bedeutende politische Person, da kann man zu stehen, wie man will, ohne mal den Versuch einer Abstimmung interfraktionell zu machen.

Was passiert im Endeffekt? Jedenfalls müsste das aus Eurer Sicht so wahrgenommen worden sein, eine gewisse Beschädigung in der Diskussion. Nochmal, man kann, man kann unterschiedlicher Meinung sein zu dem Vorgeschlagenen, zu der vorgeschlagenen Person oder zu einem Sachverhalt. Aber der Abstimmungsprozess ist in der Causa Hans-Dietrich Genscher schon nicht gut gelaufen. Ihr habt nicht daraus gelernt und macht dasselbe bei Helmut Kohl wieder. Ihr müsst euch nicht wundern, dass dann solche Abstimmungsergebnisse zustandekommen.

Also mir tut das persönlich leid, weil der Prozess hätte anders laufen können. Die SPD-Fraktion hat vor vielen Jahren schon einen Vorschlag gemacht, an alle Fraktionen, sich über ein Prozedere zu verständigen bei Straßennamenvergaben, die wir ja immer mal wieder haben bei bedeutenden Persönlichkeiten. Und natürlich ist da die CDU-Fraktion jetzt am dransten gewesen, da was zu machen, weil sie kommt ja, diese Person kommt ja aus Euren eigenen Reihen. Ihr steht in Bälde vielleicht wieder vor so einer Situation. Wollt Ihr dann wieder nur mit einem Antrag kommen oder vielleicht auch mal mit den anderen vorher reden?

Also das ist das, was ich als echte Kritik anbringe. Ansonsten werden wir dem Antrag aber zustimmen.

**Herr Lange**

So, jetzt hat sich Herr Raue gemeldet und dann Herr Wolter.

**Herr Raue**

Ja, meine Damen und Herren. Ich habe mir das jetzt auch nicht einfach gemacht und Helmut Kohl ist in gewisser Weise ein großer Staatsmann. Er hat sich tatsächlich um die Deutsche Einheit verdient gemacht und da auch Verdienste sicherlich ernsthaft erwerben müssen, weil er sich da auch durchsetzen musste gegen die Alliierten. Nichtsdestotrotz und dafür verdient er meinen Respekt und das war im Übrigen auch mal meine Begründung gewesen, in die CDU einzutreten. Nichtsdestotrotz, die Frau Müller hat ja schon darauf, oder darauf hin abgehoben, der Umgang mit den Spendengeldern der Parteikasse, dieses unverständliche rechtstaatliche Handeln von Helmut Kohl macht es eigentlich jetzt auch unmöglich, ihm diese Ehrung in unserer Stadt zuteil werden zu lassen, denn es ist für alle Bürger im Land

eigentlich kein gutes Vorbild. Und es war offensichtlich auch für Angela Merkel kein gutes Vorbild. Helmut Kohl hat sich am Ende nicht an Recht und Gesetz gehalten und Frau Merkel hat es auch nicht getan. Nur, dass die Konsequenz von Helmut Kohl eine viel geringere für unser Land war und die von Frau Merkel eine unbezahlbare mit ihrer Grenzöffnung.

Aus dem Grund bin ich für mich selbst zur Auffassung gekommen, dem heute auch schweren Herzens meine Zustimmung zu versagen, einfach deshalb, weil Helmut Kohl in seiner eigenen Partei kein gutes Vorbild gewesen ist. Das von mir dazu.

**Herr Lange**

Herr Wolter.

**Herr Wolter**

Ja, meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, liebe Antragsteller. Wir sehen es so, dass wir keinerlei Rechte haben, jemanden zu untersagen Anträge zu stellen, ob nun als Fraktion oder als Einzelperson. Natürlich schließt das auch den Wunsch nach einer Ehrung einer gewissen Person ein. Ob nun als Partei oder als Fraktion oder als einzelnes Mitglied hier im Rat. Insofern achten wir den Antrag schon und sehen das auch als legitim an.

Erinnern wir uns trotzdem daran, dass wir zu diesem komplizierten Verfahren einer Namensgebung, einer dauerhaften Ehrung einer Person vor allen Dingen, ja schon verschiedene, sage ich mal, Verfahren gewählt haben hier im Rat, wo wir gesagt haben, wir wägen etwas ab. Insofern ist der Hinweis, denke ich, von Johannes Krause berechtigt, zu sagen, dass man sowas eben auch auf den Tisch legt und miteinander berät.

Und Sie, liebe hochverehrte CDU-Fraktion und FDP-Fraktion, es ist natürlich so, dass Sie damit eine gewisse Gefahr gehen, dass Sie hier im Rat eine Ablehnung zu diesem Antrag erhalten. Vielleicht erwarten Sie das auch und halten einfach nur die Fahne hoch und sagen, wir würden Helmut Kohl gerne ehren, wir nehmen aber in Kauf, dass es hier abgelehnt wird, weil wir kein Interesse haben, das irgendwie vorher abzustimmen. Wir wollen auch nicht abstimmen, welcher Platz, wir wollen auch nicht abstimmen, ob der Platz jetzt angemessen ist, ob es Alternativen gibt, ob wir vielleicht bestimmte Vorhaben haben, wo das vielleicht denkbar wäre, weil die SPD nicht nur Willy Brandt ehren möchte gerne im Stadtbild, sondern auch andere Personen.

Also insofern ist das für uns relativ gelassen. Wir gucken darauf und haben eine Bewertung vorgenommen. Wir sind heute nicht in der Lage dem zuzustimmen, weil wir eben die Debatte und das Abwägen gar nicht vornehmen können. Insofern empfehlen wir Ihnen, diesen Antrag zu verweisen und das zu beraten. Wir werden das nicht tun. Wir würden das nur ablehnen.

**Herr Lange**

So, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Dann ist das bei ... und die Stimmenenthaltungen? Dann ist das bei zwei Stimmenenthaltungen, einer Mehrheit von Gegenstimmen, abgelehnt.

- Ende Wortprotokoll -

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Anlässlich des ersten Todestages von Dr. Helmut Kohl am 16. Juni 2018 werden die Ernst-Kamieth-Straße inklusive des Ernst-Kamieth-Platzes in Dr. Helmut Kohl Straße umbenannt.

**zu 9.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur  
graffitifreien Altstadt  
Vorlage: VI/2018/04154**

---

*- Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -*

**Herr Lange**

Wir gehen weiter in der Tagesordnung mit dem Antrag von Herrn Bernstiel zur graffitifreien Altstadt. Hierzu kann gesprochen werden. Ich sehe.

**Herr Scholtyssek**

Ja, ganz, ganz kurz, sofern eine gewisse Aufmerksamkeit schon vorhanden ist im Saal. Wir wissen, das Thema Graffiti ist immer wieder ein Ärgernis in der Stadt, also nicht nur in der Innenstadt, sondern in der gesamten Stadt. Herr Bernstiel hat seinem Antrag ja auch einige Bilder beigefügt, die denke ich, keinem von uns in irgendeiner Form gefallen. Deswegen der Antrag, dass die Stadt Möglichkeiten prüfen möge, wie sie solche Graffitiverunstaltungen künftig stärker, naja nicht unterbinden, aber dann zumindest bei der Beseitigung behilflich sein kann. Wir haben das Thema ja vor einigen Jahren schon mal diskutiert, als Herr Dr. Wiegand ja noch Beigeordneter war und ihm das Thema Umwelt und Sauberkeit noch wichtig war. Deswegen verweisen wir den Antrag jetzt erstmal zunächst nochmal in den Ordnungs- und Umweltausschuss, um dieses Thema noch mal vertieft zu behandeln. Vielen Dank.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also nach wie vor, ist mir das wichtig. Die Stadt hat auch unheimlich viele Maßnahmen auch eingeleitet und ich kann mich gut entsinnen, als die Stadtverwaltung einen Antrag und eine Richtlinie eingebracht hat, die auch Bezug nimmt auf die Möglichkeit von privaten Eigentümern, Fördermittel auch diesbezüglich zu beziehen, damit es zur schnellen Reinigung kommt, denn das ist das Entscheidende, da gab es damals leider keine Zustimmung.

Es wäre jetzt eine Überlegung, diese Dinge auch noch mal zu aktivieren, aber ansonsten gilt natürlich unsere Stellungnahmen, dass man natürlich in privatrechtliche Eigentumspositionen nicht eingreifen kann. Sie wissen, wir haben eine klare Einstellung dazu, illegales Graffiti ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, legales Graffiti schon. Das heißt, mit Zustimmung der Eigentümer und an diesem Grundsatz hat sich nichts geändert. Was man eben intensiv noch mal durchführen kann, sind natürlich bestimmte Dinge, es sind einzelne Graffitisprayer, die illegal sprühen in der Stadt, regelmäßig freitags und samstags. Und diesbezüglich gibt es auch Maßnahmen und Reaktionen sowohl des Ordnungsbereiches als auch der Polizei.

Das heißt, das sind die Hauptthemen momentan, dass gerade an diesen beiden Nächten muss man sagen, sehr viel auch illegal gesprüht wird und da wollen wir sehen, dass wir dort aktiver werden.

**Herr Lange**

Gut, der Antrag ist verwiesen. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

*- Ende Wortprotokoll -*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag  
der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
in den  
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten*

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen in wie weit es möglich ist, den Altstadt kern von illegalen Graffitis zu säubern und dauerhaft gesäubert zu halten. In diesem Zusammenhang sollen sowohl eigene Kapazitäten als auch der Abschluss eines Rahmenvertrages mit entsprechenden Reinigungsunternehmen geprüft werden. Der dazu erforderliche Aufwand ist dem Stadtrat bis zur Novembersitzung 2018 anzuzeigen.

**zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) einen Grillplatz auf der Silberhöhe zu prüfen  
Vorlage: VI/2018/04150**

---

**Frau Haupt** brachte den Antrag der Fraktion DIE LINKE ein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

1. welcher Standort im Stadtteil Silberhöhe für die Einrichtung eines Grill- und Lagerfeuerplatzes geeignet ist?
2. Die Prüfung sollte bis zum 30.07.2018 abgeschlossen sein, damit ggf. zeitnah die entsprechenden notwendigen Maßnahmen für einen Grill- und Lagerfeuerplatz noch in den Sommermonaten eingeleitet werden können.

**zu 9.5 Antrag der SPD-Fraktion zum Einsatz einer Bibliothekspädagogin  
Vorlage: VI/2018/04147**

---

**Herr Dr. Wend** brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein.

**Frau Dr. Wünscher** sagte, dass das Anliegen nachvollziehbar ist. Mitten im Jahr ist dies aber ein ungünstiger Zeitpunkt. Das Anliegen des Antrages sollte im Zuge der Haushaltsberatungen diskutiert werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag in den Kulturausschuss,

Personalausschuss und Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag  
des Oberbürgermeisters  
in den  
Kulturausschuss,  
Ausschuss für Personalangelegenheiten  
und  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt für das Jahr 2019, in Absprache mit der Stadtbibliothek, den Einsatz einer BibliothekspädagogIn abzustimmen und die finanziellen Mittel für die Besetzung der noch zu schaffenden Stelle aufzubringen.

**zu 9.6 Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von Personalkosten für den Stadtseniorenvertretung Stadt Halle e.V.  
Vorlage: VI/2018/04148**

---

Herr Krause brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Gesundheitsausschuss und in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag  
des Oberbürgermeisters  
in den  
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss  
und  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Kostenübernahme für die Finanzierung der Geschäftsstelle des Stadtseniorenvertretung e.V. dahingehend anzupassen, dass die Beschäftigung einer Vollzeitstelle (40 h/Woche) mindestens zu Konditionen des Mindestlohns erfolgen kann. Die Finanzierung bei Erhöhungen des Mindestlohniveaus ist entsprechend anzupassen.

**zu 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Hebammenversorgung im Wochenbett  
Vorlage: VI/2018/04163**

---

Frau Dr. Brock brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag in den Gesundheitsausschuss und in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag  
des Oberbürgermeisters  
in den  
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss  
und  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

**Beschlussvorschlag:**

1. Ab 01.01.2019 erhält jede außerklinisch tätige Hebamme pro abgeschlossene Wochenbettbetreuung in Halle (Saale) einen Zuschuss in Höhe von 40 Euro. Die Stadtverwaltung kalkuliert dafür ein jährliches Budget und stellt die Mittel in den Haushalt ein.
2. Darüber hinaus unterstützt die Stadt Halle ab 01.01.2019 die Hebammen bei der Praxisraumsuche.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Verwaltungsverfahren für diese Maßnahmen zu erarbeiten.
4. Es wird angeregt, dass die Stadtverwaltung die Zielgruppe mittels geeigneter Medienkanäle über die Unterstützungsleistungen durch die Kommune informiert.

**zu 9.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung einer Toilettenanlage auf der Würfelwiese  
Vorlage: VI/2018/04165**

---

**Herr Feigl** brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag in den Ordnungsausschuss und in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag  
des Oberbürgermeisters  
in den  
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten  
und  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadt wird beauftragt, ab Frühjahr 2019 eine öffentliche Toilettenanlage im Bereich der Würfelwiese einzurichten. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel sind im Haushalt 2019 einzuplanen.

**zu 9.9 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Neuausrichtung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“  
Vorlage: VI/2018/04093**

---

**Frau Krischok** brachte im Namen der antragstellenden Fraktionen den Antrag ein.

**Herr Paulsen** sagte, dass es dringend notwendig ist, den Präventionsrat neu auszurichten. Aus diesem Grund hat sich die Stadtverwaltung bereits im letzten halben Jahr gemeinsam mit den Mitgliedern des Präventionsrates darüber Gedanken gemacht, wie die Arbeit neu aufgestellt und effektiver und zielgerichtet erfolgen kann. Er verdeutlichte, dass die Punkte des Antrages bereits aufgegriffen und umgesetzt sind, sodass sich der Antrag als erledigt darstellt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

1. Der Präventionsrat wird in seiner Struktur neu gefasst. Die Verwaltung wird beauftragt, zu diesem Zweck ein extern moderiertes Dialogverfahren mit den Mitgliedern des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ und der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit anzustoßen und zu begleiten. Um sich eine neue Struktur zu geben, ist ein Mehrheitsbeschluss im Gremium notwendig. Die neue Struktur des Präventionsrates soll mit dem 01.01.2019 in Kraft treten. Ziel des Dialogverfahrens soll sein,
  - a. die bisherigen Strukturen und Arbeitsweisen des Präventionsrates zu hinterfragen und neu zu fassen,
  - b. die zivilgesellschaftliche Arbeit in der Stadt Halle (Saale) zu analysieren, Synergien mit dem Präventionsrat herzustellen und Doppelstrukturen zu vermeiden,
  - c. neue Mitgliedschaften im Präventionsrat zu ermöglichen und konkrete Mitglieder für den Präventionsrat zu definieren und zu gewinnen,
  - d. die Aufgabenbereiche der mit Stadtratsbeschluss VI/2017/03679 geschaffenen 0,5 VZE-Personalstelle zu definieren,
  - e. Art und Verantwortlichkeiten eines Berichtwesens gegenüber Stadtverwaltung und Stadtrat festzulegen,
  - f. ein Sachkostenbudget für die Arbeit des Präventionsrates zu definieren.
2. Zu dem in Punkt 1 vorgeschlagenen Dialogverfahren sollen über die bereits aktiven Mitglieder des Präventionsrates interessierte Vertreter\*innen folgender Bereiche der Gesamtgesellschaft zur Teilnahme aufgefordert werden: Jugend, Bildung,

Gesundheit, Wirtschaft, Senioren, Gleichstellung, Integration, Opferschutz und Kirchen.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, nach gefasstem Beschluss des Präventionsrates zur Neuausrichtung des Gremiums die geltende Beschlusslage III/2001/01855 anzupassen und dem Stadtrat spätestens zur Stadtratssitzung im Dezember 2018 zum Beschluss vorzulegen.
4. Der Präventionsrat gibt sich nach der Bestätigung der Neustrukturierung eine neue Geschäftsordnung, die dem Stadtrat zur Kenntnis gereicht wird.
5. Der Präventionsrat legt der Stadtverwaltung und dem Stadtrat in seiner beratenden Funktion einen jährlichen Tätigkeitsbericht mit Handlungsempfehlungen für die Präventionsarbeit in der Stadt Halle (Saale) vor.
6. Ein im Zuge der Neustrukturierung im Dialogverfahren definiertes Sachkostenbudget ist von der Stadtverwaltung in den Haushaltsplanungen für die Jahre 2019 ff. zu berücksichtigen.

**zu 9.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beteiligung am Konzept „Nette Toilette“  
Vorlage: VI/2018/04167**

---

**Frau Winkler** brachte den Antrag im Namen der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM ein.

**Herr Raue** fragte, warum die Verwaltung nicht in ihren eigenen Immobilien Toiletten zur Verfügung stellt.

**Herr Stäglin** sagte, dass es in öffentlichen Dienstgebäuden auch öffentlich zugängliche Toiletten gibt. Zum Antrag sagte er, dass er eine Prüfung als sinnvoll erachtet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umsetzung des Konzeptes „Nette Toilette“ an belebten Orten in der Stadt Halle (Saale) zu prüfen. Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten in der Sitzung vom 13.09.2018 vorzulegen.

**zu 10            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 10.1        Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Jugendarrest für Schüler  
Vorlage: VI/2018/04061**

---

**Herr Scholtyssek** fragte, warum der Anteil der Arreststrafen auf die Stadt Halle (Saale) so gering ausfällt.

**Frau Ernst** sagte eine schriftliche Antwort zu.

**zu 10.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Beschlussfassung des Stadtrates im Zusammenhang mit der Absicherung des Eishockeysports  
Vorlage: VI/2018/04078**

---

*- Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -*

**Herr Lange**

So, 10.2 – CDU/FDP-Fraktion zum Eishockeysport, Absicherung des Eishockeysports. Wird zur Kenntnis genommen. Nein? Dann melden, melden, immer gleich melden, Herr Bönisch. Wir sind hier auf Zack.

**Herr Bönisch**

Ja, ich auch. Also ich habe schon noch mal eine Nachfrage. Einerseits, es hat lange gedauert, wir mussten extra recherchieren, um diese Antworten zu erzielen. Ich will mal aus unserer Geschäftsordnung zitieren, aus § 7 Abs. 3 – schriftliche Anfragen und so weiter, steht dann da: Ist eine schriftliche Beantwortung bis zum Freitag 13 Uhr vor dem Sitzungstermin nicht möglich, so ist dies dem Fragesteller mit der Begründung in der Sitzung mitzuteilen und die Beantwortung unverzüglich nachzuholen. Die Begründung der Verspätung ist in der schriftlichen Antwort der Verwaltung anzuführen. Die vermisse ich hier, also es gibt keine Begründung der Verspätung und es wäre auch verwunderlich, warum hier jetzt noch mal irgendwelche Recherchen nötig sind. Es ging um Vorgänge, die Jahre zurückliegen, die in der Buchführung mit Sicherheit ordentlich dokumentiert sind.

Wenn nicht, wäre es ja fatal. Und meine Frage ist, wir haben nun jetzt den Beschluss seiner Zeit gefasst unter der Voraussetzung, es gibt Fördermittel. 100% Deckung durch Fördermittel. Nun sind gar keine Einnahmen gekommen. Jetzt kann man natürlich vermuten, okay, die Eisanlage und so weiter, was dann alles weiter gegangen ist in die jetzige Eisporthele, kann man mal drüber reden oder nicht. Aber die Planungsleistung beispielsweise in Höhe von 84.000 Euro angegeben sind, ja, nicht ausgeglichen wurden. Meine Frage: Hat da der Stadtrat sich noch mal mit befasst, etwa mit einer außerplanmäßigen oder überplanmäßigen, ne außerplanmäßigen, weil es ja gedeckt werden sollte, außerplanmäßigen Ausgabe? Ich weiß das nicht mehr.

Es ist jetzt auch sehr mühselig das nachzuvollziehen und wenn nicht, warum? Also warum nicht? Woher ist das dann bezahlt worden das Geld, wenn doch die Fördermittel gar nicht gekommen sind? Das ist zu dieser Anfrage hier die Nachfrage. Also erstens: Was hat den diese Mühe der Recherche gemacht, dass es so lange gedauert hat? Und zweitens, was ist denn mit dem Geld, wenn keine Einnahmen gekommen sind, woher kam denn das Geld? Sind das auch schwarze Kassen oder wie? Weil wir heute schon mal von sowas geredet haben.

**Herr Lange**

Frau Ernst.

**Frau Ernst**

Die letzte Bemerkung würde ich jetzt mal außen vorlassen, Herr Bönisch. Ich weiß auch gerade nicht, in welcher Frage Sie sind, weil Sie immer zwischen 10.2 und 10.3...

**Herr Bönisch**

10.2, Wir sind noch bei 10.2.

**Herr Lange**

10.2., ja.

**Frau Ernst**

10.2, genau. Weil Sie sagten, die Frage ist nicht beantwortet, aber Sie ist Ihnen ja jetzt nachgereicht worden. Dann bezogen Sie sich auf 10.3 mit der nachgereichten Anfrage.

**Herr Bönisch**

Nein, das habe ich jetzt nicht gesagt. Ich habe das nie sagen wollen. Vielleicht haben Sie das rausgehört. Aber hier steht, die Begründung der Verspätung ist in der schriftlichen Antwort anzugeben.

**Frau Ernst**

Genau. Das ist im letzten .... Aber die Anfrage liegt Ihnen doch jetzt vor.

**Herr Bönisch**

Aber in der Geschäftsordnung steht, dass in der Antwort auch die Begründung der Verspätung...

**Frau Ernst**

... Das ist in der vormaligen Antwort mit beigefügt gewesen. In der im Mai. Da war die Begründung, warum die Antwort in der Mai-Stadtratssitzung nicht vorgelegt werden kann. Die stand in der Begründung, die Sie in der Mai-Stadtratssitzung erhalten haben.

**Herr Bönisch**

Wegen erforderlicher Recherchen. Und da würde ich gerne wissen, welche Recherchen mussten Sie denn noch anstellen?

**Frau Ernst**

Sie wissen, dass es sich hier um einen Verein handelt, in Liquidation und das sozusagen nicht alle Unterlagen in der Verwaltung vorliegend sind und insofern benötigt es dazu...

**Herr Bönisch**

... Frau Ernst, jetzt verwechseln Sie wieder 10.2 und 10.3. Also 10.2 ging um den Stadtratsbeschluss zum Errichten des Provisoriums an der Messe. Das hat mit einem Verein und so weiter jetzt nichts zu tun mit Recherchen. Wir hatten beschlossen, wir wollen das so machen und deswegen gäbe Einnahmen weder Kosten.

**Frau Ernst**

Herr Bönisch, ich habe Ihnen die Antwort gegeben, weil sonst kommen wir jetzt ins Dialogverfahren. Ich habe Ihnen die Antwort gegeben, warum das erst in dieser Sitzung erfolgen konnte und die zweite Frage, die Sie gestellt haben, dass hing mit den Wertgrenzen zusammen. Sie fragten ja jetzt, warum das im Stadtrat nicht beschlossen wurde. Da ist die bitte, dann entsprechend im Ratsinformationssystem die Information aus den Beschlüssen des Finanzausschusses zu nutzen.

**Herr Bönisch**

Wollen Sie mir jetzt sagen, ich soll selber recherchieren? Also Sie werden doch wohl die Antwort geben können.

**Frau Ernst**

Sie müssen das nur in die Datenbank eingeben und können das dann über Ihre Fraktionsgeschäftsstellen entsprechend abrufen. Also das ist kein Aufwand.

**Herr Bönisch**

Frau Ernst, ich habe eine Frage gestellt und ich muss die Frage beantwortet kriegen und nicht, indem Sie sagen, suchen Sie doch selber nach. Also, und das wäre auch eine sehr interessante öffentlich zu stellende Frage, was ist denn mit den Kosten, die angefallen sind und die nicht in der Eissporthalle verbaut werden konnten, die Planungskosten, nicht gedeckt? Aber die Ausgabe ist offensichtlich erfolgt und es muss doch jeden interessieren, woher das Geld gekommen ist. Und da müssen Sie mir doch nicht sagen, ich muss selber gucken. Wo soll ich denn da gucken? So mal nicht sehr wahrscheinlich ist, dass es eine Befassung im Finanzausschuss mit einer Sonderausgabe, mit einer überplanmäßigen oder außerplanmäßigen gegeben hat. Das ist mir nicht geläufig. Und niemand konnte sich daran erinnern. Jetzt kann ich alle Beschlüsse seit dem durchsuchen und gucken, ob vielleicht doch einer dabei war, aber ich frage Sie, und wenn Sie es heute nicht beantworten können, bitte ich das demnächst zu tun.

**Herr Lange**

Frau Ernst bitte noch mal.

**Frau Ernst**

Herr Bönisch, im Mai ist Ihnen erläutert worden, warum die Antwort nicht im Mai vorgelegt werden kann. Die Antwort auf Ihre Anfrage jetzt, liegt Ihnen vor und wenn Sie Fragen haben, welche Stadtratsbeschlüsse Sie gefasst haben, dann bitte ich Sie über Ihre Fraktionsgeschäftsstellen, dafür sind sie auch da, um Sie zu unterstützen, das dann entsprechend im Ratsinformationssystem dann Ihnen zur Verfügung zu stellen.

**Herr Lange**

Herr Bönisch, ich verstehe Ihren Ärger.

**Herr Bönisch**

Das geht so nicht mehr. Es reicht.

**Herr Lange**

So, ich rufe jetzt 10.3 auf.

*- Ende Wortprotokoll-*

---

**zu 10.3   Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Kälteversorgungsanlage der alten  
Eissporthalle  
Vorlage: VI/2018/04079**

---

*- Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -*

**Herr Lange**

Die ist vertagt. Es gibt, so, ja, möchten Sie dazu, ja bitte. Ja?

**Herr Bönisch**

Nochmal auf das, was ich gerade vorgelesen habe, unverzüglich nachzuholen. Also, es gibt eine Teilfrage, die heißt hier: Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgte die Zahlung? Müssen Sie da auch noch recherchieren? Unverzüglich nachholen heißt nicht, wir sagen es dann mal alles zusammen. Sie hatten beim letzten Mal gesagt: „Sie müssten bitte Verständnis haben, Herr Bönisch, wir wollen das dann im Komplex beantworten.“

Nein, habe ich aber nicht, das Verständnis. Hier sind vier Fragen aufgelistet, oder drei, ich weiß nicht mehr genau und wenn Sie eine Frage nicht beantworten können, dann müssen Sie halt recherchieren. Und wenn Sie eine der anderen Fragen beantworten können, haben Sie die, entsprechend der Geschäftsordnung unverzüglich zu beantworten. Und jetzt hätte ich schon ganz gerne mal gewusst, was ist denn daran zu recherchieren, welche Rechtsgrundlage für eine Zahlung vorgelegen hat? Also wenn Sie das nicht ordentlich dokumentiert haben, uh, dann sieht es böse aus, ehrlich gesagt. Aber Sie sollten sich bitte befleißigen, tatsächlich uns hier nicht dumm sterben zu lassen, sondern zu erläutern. Was ist denn da passiert? Und warum dauert das noch so lange? Sie sind schon zwei Monate dran und wollen noch 2 Monate. Das ist jetzt wirklich heftig. Ich kann es wirklich nicht mehr akzeptieren.

**Herr Lange**  
Frau Ernst.

**Frau Ernst**

Her Bönisch, die Informationen, die Sie benötigen, können Ihnen dann zur Verfügung gestellt werden, wenn sie vorliegen. Und entsprechend hat die Verwaltung hier darauf hingewiesen, dass es da noch Recherchebedarf gibt und die Informationen eingeholt werden müssen. Wenn diese vorliegen, erhalten Sie diese selbstverständlich unmittelbar dann in der nächsten Stadtratssitzung.

**Herr Lange**

Gut, ich gehe davon aus, dass nach diesen Diskussionen die Stadtverwaltung sich noch mal genau die Geschäftsordnung des Stadtrates anguckt und danach auch handelt.

- Ende Wortprotokoll-

**zu 10.4   Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Baumaßnahme Osendorf - Fritz-Kießling-Straße/Wilhelm-Grothe-Straße**  
**Vorlage: VI/2018/04158**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.5   Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Vergabe von Freikarten an ehrenamtlich Engagierte**  
**Vorlage: VI/2018/04160**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6   Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines IT Infrastrukturkonzeptes für die IT Landschaft an halleschen Schulen**  
**Vorlage: VI/2018/04162**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.7   Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Umsetzung des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes**

**Vorlage: VI/2018/04164**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.8 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen  
Vorlage: VI/2018/04166**

---

Die Antwort erfolgt zur Stadtratssitzung August.

**zu 10.9 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Terminen mit öffentlichem Charakter via Halle-App  
Vorlage: VI/2018/04168**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.10 Anfrage des Stadtrates Gernot Töpfer (CDU/FDP-Fraktion) zu verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Radeweller Straße  
Vorlage: VI/2018/03957**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.11 Anfrage des Stadtrates Dirk Gernhardt (Fraktion DIE LINKE) zu Strom- und Gassperren in Halle 2017, VI/2018/03953**

---

Die Antwort erfolgt in der nicht öffentlichen Sitzung.

**zu 10.12 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu einer Lichtsignalanlage/einem Fußgängerüberweg an der Kreuzung Torstraße/V. Vereinsstraße/Zwingerstraße  
Vorlage: VI/2018/03952**

---

**Herr Koehn** sagte, dass die Antwort zur Frage 2 nicht zufriedenstellend ist.

**zu 10.13 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle Saale zur Anwendung des Bieterverfahrens beim Verkauf kommunaler Grundstücke  
Vorlage: VI/2018/04141**

---

Die Antwort erfolgt zur Stadtratssitzung August.

**zu 10.14 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Ergebnissen einer Studie zu möglichen Erdbeben in der Region Halle-Leipzig  
Vorlage: VI/2018/04143**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.15 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Einnahmen durch Förder- und Hilfsprogramme**  
**Vorlage: VI/2018/04145**

---

Die Antwort erfolgt zur Stadtratssitzung August.

**zu 10.16 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Betreuung an Förderschulen**  
**Vorlage: VI/2018/04149**

---

Die Antwort erfolgt zur Stadtratssitzung August.

**zu 10.17 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bestand von Retentionsflächen im Stadtgebiet**  
**Vorlage: VI/2018/04161**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Herkunft von Natursteinen**  
**Vorlage: VI/2018/04152**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kompensationsflächen**  
**Vorlage: VI/2018/04155**

---

Die Antwort erfolgt zur Stadtratssitzung September.

**zu 10.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung städtischer Immobilien als Ateliers und Werkstätten**  
**Vorlage: VI/2018/04156**

---

Die Antwort erfolgt zur Stadtratssitzung August.

**zu 10.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung städtischer Immobilien für neu gegründete Unternehmen**  
**Vorlage: VI/2018/04157**

---

Die Antwort erfolgt zur Stadtratssitzung August.

**zu 10.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum  
Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder  
Vorlage: VI/2018/04159**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.23 Anfrage der Stadträte Helmut-Ernst Kaßner und Markus Klätte zur  
Barrierefreiheit nach Arbeiten im öffentlichen Raum  
Vorlage: VI/2018/04087**

---

**Herr Kaßner** bezog sich auf den Abschnitt, dass bei Aufbrüchen, die durch Dritte bewerkstelligt werden, die Stadt keinen Einfluss für Absenkungsmaßnahmen hätte. Er fragte, warum dies nicht mit in die Ausschreibung aufgenommen werden kann.

**Herr Stäglin** antwortete, dass bei Dritten, die tätig werden, keine Ausschreibung der Stadt erfolgt. Es wird ein entsprechender Antrag durch Dritte gestellt, welcher durch die Verwaltung geprüft wird. Einem Dritten kann nicht auferlegt werden, an städtischen Straßen weitere Maßnahmen durchzuführen, zu deren Lasten und Kosten.

**zu 10.24 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Neubau der 3-Feld-  
Sporthalle am Standort "Steg"  
Vorlage: VI/2018/04169**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11 Mitteilungen**

---

**zu 11.1 Bericht über Maßnahmen zur Umsetzung der Radverkehrskonzeption der  
Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2013 bis 2017  
Vorlage: VI/2018/03787**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.2 Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte  
Vorlage: VI/2018/04053**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.3 Aktivitäten von Vereinen und Institutionen mit israelischen Städten und  
Einrichtungen  
Vorlage: VI/2018/04205**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.  
**zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten**

---

**zu 12.1 Anfrage Herr Eigendorf zur Aufstellung von Mülleimern im Zentrum von Halle-Neustadt**

---

**Herr Eigendorf** fragte zur Aufstellung von Mülleimern im Zentrum von Halle-Neustadt an.

Mit der Aufstellung von Bänken hat sich die Zahl der Sitzmöglichkeiten zwischen Neustadt-Centrum und Skatepark erhöht. In den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass viele Menschen diese Möglichkeit zum Verweilen nutzen. Bisher steht die Zahl der Sitzmöglichkeiten allerdings in keinem Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Mülleimer. Die Folge ist, dass sich die Menge des um die Bänke verteilten Mülls massiv erhöht hat. Die durch die Bänke erhöhte Aufenthaltsqualität wird somit durch herumliegenden Müll, insbesondere auf dem Vorplatz des Neustadt-Centrums, geschmälert.

Er fragte, wie die Verwaltung die derzeitige Situation der Vermüllung im genannten Bereich einschätzt und welche Maßnahmen geeignet scheinen, um diesen Zustand abzustellen. Weiterhin fragte er, auf welche Summen sich jeweils die Kosten für die Anschaffung und Unterhaltung eines Mülleimers belaufen und zu welchem Zeitpunkt die Aufstellung weiterer Mülleimer früh möglichst zu realisieren ist, sowie wie viele zusätzliche Mülleimer es bedarf.

**Herr Stäglin** antwortete, dass die geschilderte Situation so nicht bestätigt werden kann.

Nicht jeder Nutzer einer öffentlichen Anlage nutzt auch die entsprechende vorhandene Infrastruktur. Es ist mitunter nicht die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger gegeben, entsprechend auch die Mülleimer zu nutzen. Es ist schwierig mit Öffentlichkeitsarbeit dem entgegenzuwirken. Das Thema Umweltinformation, Umweltbildung, Medien ist der richtige Weg um für eine saubere Stadt zu werben. Formal belaufen sich die Anschaffungskosten bei einem Papierkorb auf ca. 500 Euro, die Entsorgungskosten belaufen sich schätzungsweise auf 200 Euro jährlich. Für den angesprochenen Bereich besteht derzeit kein Erfordernis, weitere Mülleimer aufzustellen.

**zu 12.2 Anfrage Herr Kaßner und Herr Klätte zum Eichenweg**

---

Am 02.05.2018 wurden im Eichenweg im Rosengarten Halteverbotsschilder mit dem Zusatz aufgestellt, dass Bauarbeiten ab 07.05.2018, 07 Uhr stattfinden. In den dann folgenden 14 Tagen hat sich nichts getan. Die Anwohner haben ihre Fahrzeuge an anderen Orten abgestellt. Nach diesen 14 Tagen wurden die Schilder wieder entfernt.

**Herr Klätte** und **Herr Kaßner** baten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum wurden die Halteverbotsschilder aufgestellt? Warum wurden sie ohne dass Bauarbeiten ausgeführt wurden wieder abgebaut.
2. Wer war für die Planung und Ausführung dieser Aktion verantwortlich und welcher finanzielle Schaden ist entstanden.
3. Welche Bauarbeiten sollten in der angegebenen Zeit ausgeführt werden? Da sich der Eichenweg straßenmäßig in einem desolaten Zustand befindet, sollten vermutlich

Ausbesserungsarbeiten der Fahrbahndecke erfolgen. Wann werden diese Arbeiten nachgeholt?

**Herr Stäglin** antwortete, dass die geplanten Baumaßnahmen von der HWS ausgeführt wurden. Es handelte sich um Baumaßnahmen im Inliner-Verfahren. Das Kanalnetz wurde durch entsprechende Technik im Inneren erneuert.

Man habe der HWS allerdings den Hinweis gegeben, bei derartigen Sperrungen die Beschilderung um weitere Angaben zu versehen, wie zeitliche Begrenzung (Uhrzeit) und die Art der Arbeiten (unterirdische Arbeiten).

### **zu 12.3 Anfrage Herr Kaßner und Herr Klätte zu Hundewiesen**

---

Nach Presseberichten hat sich die Zahl der Hundehalter in Sachsen-Anhalt und damit wohl auch in der Stadt Halle vergrößert.

**Herr Klätte** und **Herr Kaßner** baten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist eine Erhöhung der Anzahl der Hundewiesen im Stadtgebiet vorgesehen?
2. Im Bereich der Hundewiesen, aber auch sonst im Stadtgebiet werden an Abfallkörben u.a. auch Abfalltüten für Hundekot vorgehalten. In welchem Turnus werden diese bereitgestellt, damit Hundebesitzer sicher sein können, dass diese Abfalltüten zuverlässig zur Verfügung stehen?
3. In welchem Umfang wird von dem Angebot der Stadt Gebrauch gemacht?
4. Wieviel dieser Abfalltüten werden jährlich bereitgestellt und welche Kosten verursacht diese Maßnahme?

**Herr Stäglin** antwortete, dass eine Erweiterung der Anzahl von Hundewiesen im Stadtgebiet derzeit nicht vorgesehen ist. Die insgesamt 103 Hundetoiletten werden wöchentlich, je nach Standort, zwei bis drei Mal in der Woche entleert und mit Hundekottüten bestückt. Insgesamt werden jährlich ca. 2 Millionen Hundekottüten verbraucht. Die Bewirtschaftung der 103 Hundetoiletten kostet jährlich ca. 70.000 Euro.

### **zu 12.4 Anfrage des Stadtrates Johannes Krause (SPD) zu Beschwerden von Anwohnerinnen und Anwohnern der Silberhöhe**

---

In den vergangenen Monaten häufen sich die Beschwerden der Anwohnerinnen und Anwohner im Stadtteil Halle-Silberhöhe: Ruhestörungen, Trinkgelage, Vermüllung von Grünanlagen, fehlende Beleuchtung von Straßen und Gehwegen, schlechtere Anbindung an den ÖPNV.

**Herr Krause** fragte daher:

1. Wie häufig säubert die Stadtverwaltung die Grünanlagen in der Silberhöhe (vor allem auch rund um den EDEKA-Markt und das Gesundheitszentrum, Wittenberger Straße)? Aus Sicht der Anwohnerinnen und Anwohner sind häufigere Reinigungen notwendig: Wie bewertet die Verwaltung die Situation und welche Handlungsbedarfe und -möglichkeiten sieht sie?

2. Wie bewertet die Stadtverwaltung die Beleuchtungssituation von Straßen und Gehwegen rund um den Park (insbesondere Anhalter Platz) und das Gesundheitszentrum in der Silberhöhe? Inwieweit sieht die Stadtverwaltung Verbesserungsbedarfe und -möglichkeiten (nicht zuletzt, um insbesondere das Sicherheitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner zu erhöhen)?

3. Es häufen sich Klagen über Ruhestörungen rund um den EDEKA-Markt, sowie insbesondere am Wochenende in der Parkanlage. Welche Verbesserungsbedarfe und -möglichkeiten sieht die Verwaltung beim Thema Kontrollen durch das Ordnungsamt (auch in Kooperation mit der Polizei)? Ab wann können diese gegebenenfalls umgesetzt werden?

4. Seit Anfang Juni gibt es in der Wittenberger Str. 13 einen Jugendclub. Wer betreibt diesen, sichert die Öffnungszeiten, die Aufsicht und die pädagogische Betreuung ab? Welche Fördermittel wurden ggf. vom Betreiber bei der Stadt beantragt? Wie gedenkt die Stadtverwaltung mit den (laut Anwohnerinnen und Anwohnern) häufigen Ruhestörungen umzugehen?

5. Aus Sicht der Anwohnerinnen und Anwohner hat sich die ÖPNV-Anbindung verschlechtert, seitdem die Linie 2 nicht mehr bis Beesen verkehrt. Wie bewertet die Verwaltung die Situation? Welche Verbesserungsmöglichkeiten sieht sie (in Kooperation mit der HAVAG) insbesondere auch mit Blick auf die häufigere Nutzung von Niederflurfahrzeugen?

**Frau Ernst** sagte, dass die Fragen bis zur nächsten Stadtratssitzung im August schriftlich beantwortet werden, in die Beantwortung soll auch das Forum Silberhöhe einbezogen werden.

#### **zu 12.5 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt zu Patenschaften für Bänke in der Stadt Halle (Saale)**

---

Mit dem Antrag VI/2016/01936 zu „Patenschaften über Bänke“ beauftragte die Fraktion DIE LINKE die Stadtverwaltung, nach dem Beispiel der „Baumpatenschaften“ ein Verfahren zu entwickeln, welches Bürgerinnen und Bürgern „Patenschaften für Bänke in der Stadt Halle (Saale)“ ermöglicht.

**Frau Haupt** fragte daher:

1. Wie viele Bänke wurden bisher in der Stadt Halle (Saale) durch Spenden finanziert? (Bitte unterscheiden nach Direktspenden für spezielle Bänke und durch allgemeine Spenden finanzierte Bänke).

2. Gibt es, so wie ebenfalls im Antrag angeregt, eine Zusammenarbeit mit Stiftungen oder Bürgerinitiativen zu Bankpatenschaften?

3. Lässt sich zur Motivation für weitere Spender\*innen eine Übersicht der Patenschaften der Bänke im Stadtgebiet auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) – z.B. unter „Bürgerengagement“ darstellen?

**Herr Stäglin** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

## **zu 12.6 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) Anfrage zur Teilnahme an der Landesgartenschau**

---

Halle wird als grüne Stadt bezeichnet und zwar aufgrund ihrer über 7000 Hektar Wasser und Grünfläche. Die Stadt wirbt auffällig für diesen Sachverhalt im Stadtmarketing. Im Zuge dessen, wäre es also nicht verwunderlich, eher verpflichtend, an der zurzeit stattfindenden Landesgartenschau in Burg teilzunehmen. Alle großen Städte in Sachsen Anhalt wurden angeschrieben, um sich dort zu beteiligen. Insgesamt haben sich 12 Städte bereit erklärt, sich dort zu präsentieren und auf sich aufmerksam zu machen. Als eine der größten Ereignisse in Sachsen Anhalt, eine beträchtliche Möglichkeit der Außendarstellung und Werbung für jede Stadt.

Vor diesem Hintergrund fragt die CDU/FDP-Fraktion an:

1. Wurde die Stadt zu Teilnahme angefragt?
2. Wenn Antwort zu 1: Ja, warum präsentiert sich die Stadt nicht vor Ort?
3. Wenn Antwort zu 1: Nein, hätte die Stadt selbst aktiv werden können?
4. Wie bewertet die Stadt den Stellenwert der Landesgartenschau?

**Herr Stäglich** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

## **zu 12.7 Anfrage des Stadtrates Dennis Helmich (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Realisierung eines Fußgängerüberweges in Heide-Süd**

---

Auf Nachfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rahmen der Haushaltsberatungen 2018 hatte die Stadtverwaltung über die Planungen zur Neuerrichtung oder Modernisierung von Fußgängerüberwegen im Stadtgebiet informiert. Folgende Maßnahmen sind demnach geplant:

- 2018 Hettstedter Straße - Neueinrichtung
- 2019 Eislebener Straße - Neueinrichtung
- 2020 Georgi-Dimitroff-Straße - regelkonformer Ausbau
- 2021 Stadtforststraße - regelkonformer Ausbau
- 2022 Robert-Franz-Ring/Mansfelder Straße – Neueinrichtung
- 2023 Käthe-Kollwitz-Straße – regelkonformer Ausbau

Im Rahmen einer Zukunftswerkstatt in Heide-Süd wurde von der Stadtverwaltung darüber hinaus angekündigt, im Bereich Blücherstraße / Yorckstraße Fußgängerüberwege im Jahr 2020 zu errichten.

Daher die Frage, ob die neuen Fußgängerüberwege in Heide-Süd zusätzlich zu den weiteren geplanten Maßnahmen realisiert werden oder ob die Verwaltung eine Verschiebung der sonstigen ab 2020 vorgesehenen Maßnahmen vorschlägt.

**Frau Ernst** antwortete, dass Fußgängerüberwege, welche als erforderlich eingeschätzt werden, zusätzliche Maßnahmen sind. Sie schlug eine aktuelle Mitteilung im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten vor.

#### **zu 12.8 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok zum Gebiet Schlosser- /Schmiedstraße**

---

**Frau Krischok** fragte, wie viele Beschwerden / Hinweise auf unangemessenes Verhalten zum Gebiet Schlosserstraße / Schmiedstraße die Stadtverwaltung in diesem Monat, ohne die Bürgersprechstunde am Dienstag, erhalten habe. Sie fragte nach den Sachverhalten und welche Maßnahmen seitens der Verwaltung unternommen wurden und geplant sind.

**Frau Ernst** antwortete, dass es sich um Lärmbeschwerden handelte. Hier waren Mitarbeiter des Ordnungsbereiches vor Ort, die Lärmbelästigung wurde abgestellt. Stadt und Polizei bestreifen das Gebiet regelmäßig. Seit gestern wird zudem regelmäßig eine Bürgersprechstunde angeboten. Darüber hinaus begleitet ein Sozialprojekt der AWO.

#### **zu 12.9 Frau Winkler zu "Jugend musiziert"**

---

**Frau Winkler** sagte, dass im Kulturausschuss durch Edgar Auer vom Deutschen Musikrat und Ragna Schirmer über den aktuellen Stand der Organisation des Bundeswettbewerbes „Jugend musiziert 2019“ berichtet wurde. Die beiden warben dafür, dass die Stadtverwaltung den Bundeswettbewerb als große Chance ansehen soll. Dieses Plädoyer lässt vermuten, dass die Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den zuständigen Gremien nicht optimal verläuft. Verwundert war man, dass es von der TOOH bislang keine Reaktion auf eine Anfrage des Deutschen Musikrates gegeben hat. Sie fragte, ob die Verwaltung diese Hinweise aufgenommen hat und ob Konsequenzen aus dem Vortrag erfolgen.

**Frau Dr. Marquardt** antwortete, dass die Kritik die verschiedenen Einrichtungen betraf. Man ist mit den Einrichtungen im Gespräch, es gibt eine entsprechende Arbeitsgruppe. Zuversichtlich schaut man auf die Erstellung eines guten Rahmenplanes.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass die Verwaltung ein primäres Interesse hat, dass die Veranstaltung stattfindet.

#### **zu 12.10 Frau Winkler zum Jugendparlament**

---

**Frau Winkler** sagte, dass der Oberbürgermeister durch den Rat beauftragt wurde, bis zum zweiten Quartal 2018 ein Konzept zur Einführung eines Jugendparlaments vorzulegen. Sie fragte nach dem aktuellen Stand.

**Herr Paulsen** antwortete, dass ein Entwurf bereits vorliegt. Voraussichtlich wird zur nächsten Stadtratssitzung eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt.

#### **zu 12.11 Frau Dr. Brock zur Beleuchtung Mühlgraben**

---

**Frau Dr. Brock** sagte, dass zu den Haushaltsberatungen 2018 beschlossen wurde, dass der Bereich Mühlgraben eine Beleuchtung erhält. Sie fragte nach dem aktuellen Stand der Planung.

**Herr Stäglin** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 12.12 Frau Dr. Brock zu Personalstellen**

---

**Frau Dr. Brock** sagte, dass zu den Haushaltsberatungen 2018 drei Personalstellen zu Prävention und Kinderarmut beschlossen wurden. Diese sind bislang nicht ausgeschrieben. Sie fragte nach dem aktuellen Stand.

**Frau Brederlow** sagte, dass zunächst die Stellen ausgeschrieben werden, die mit gesetzlichen Pflichtaufgaben verbunden sind. Momentan sind die Stellenbeschreibungen erarbeitet. Die Vorbereitungen zur Stellenausschreibung laufen.

#### **zu 12.13 Herr Gernhardt zum Tool zur Bestimmung der Kosten des PKW- und LKW-Verkehrs nutzen**

---

**Herr Gernhardt** bezog sich auf eine Anregung aus der April-Sitzung zum Tool zur Bestimmung der Kosten des PKW- und LKW-Verkehrs. Seines Erachtens wurde diese Anregung nicht im Hauptausschuss wie üblich beantwortet. Er fragte nach dem Stand.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Entschuldigung und Beantwortung im nächsten Hauptausschuss.

#### **zu 12.14 Herr Scholtyssek zum Kongress- und Tagungszentrum**

---

**Herr Scholtyssek** bezog sich auf seine Anfrage zum Kongress- und Tagungszentrum. Er fragte, ob es Gespräche diesbezüglich gab und/oder geben wird und wie die Chancen für ein Kongress- und Tagungszentrum in Halle stehen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine schriftliche Beantwortung in der nächsten Stadtratssitzung im August zu.

#### **zu 12.15 Herr Bönisch zur Eissporthalle**

---

**Herr Bönisch** fragte, auf welcher Rechtsgrundlage die Bezahlung der Leistungen für das Provisorium Eissporthalle erfolgt ist, wenn die geplanten Einnahmen gar nicht vorhanden waren.

**Frau Ernst** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 12.16 Herr Dr. Meerheim zu Liquiditätskrediten der Stadt Halle**

---

**Herr Dr. Meerheim** sagte, dass die schriftliche Antwort auf seine Anfrage zu Liquiditätskrediten aus der letzten Stadtratssitzung noch aussteht.

**Herr Geier** sagte eine Prüfung zu.

#### **zu 12.17 Anfrage Frau Dr. Wünscher zur Situation am Landesmuseum**

---

**Frau Dr. Wünscher** bezog sich auf ihre Anfrage aus der April-Stadtratssitzung zur Anzahl der Beschwerden bezüglich der Lärmbelästigung und Vermüllung am Landesmuseum, welche noch aussteht. Sie fragte nach weiteren Lösungsvorschlägen.

**Frau Ernst** sagte, dass die Antwort verschickt wurde. Sie verwies auf die Ausführungen der Verwaltung in der heutigen Einwohnerfragestunde.

#### **Zu 12.18 Frau Haupt zum Zirkus Klatschmohn**

---

**Frau Haupt** bezog sich auf den Zirkus Klatschmohn und fragte, ob die geplanten Veranstaltungen in den Sommerferien für die Kinder stattfinden werden oder nicht.

**Herr Stäglin** antwortete, dass die Prüfung des Versicherungsnachweises noch anhält. Erst dann können weitere Aussagen getroffen werden.

#### **zu 12.19 Frau Dr. Bergner zu einer Grünfläche in Kröllwitz**

---

**Frau Dr. Bergner** bezog sich auf eine Grünfläche vor einer Schule in Halle-Kröllwitz. Die Grünanlage sei ungepflegt. Sie bat um Klärung. Zuständig sei hier bestimmt nicht die Bürgerinitiative, welche den Bau einer Brunnenanlage auf der Grünfläche unterstützt habe.

**Herr Stäglin** sagte, dass öffentliche Grünanlagen durch die Verwaltung gepflegt werden. Dritte sind dafür nicht in der Pflicht. Nur im Zuge von Pflegepatenschaften würde dies geschehen.

#### **zu 12.20 Herr Raue zur Situation am Landesmuseum**

---

**Herr Raue** fragte, ob der Verwaltung bekannt ist, welcher Herkunft die Jugendlichen sind, welche am Landesmuseum für Lärm und Müll sorgen.

**Frau Ernst** sagte, dass der Verwaltung zur Gruppenstruktur keine Erkenntnisse vorliegen.

## **zu 12.21 Herr Feigl zur Offenlegung von B-Plänen**

---

**Herr Feigl** bezog sich auf die vorzeitige Offenlage für den B-Plan im Bereich Kleine Brauhausstraße / Große Brauhausstraße und sagte, dass es im Gestaltungsbeirat Hinweise gab, dass die Höhenentwicklung nicht optimal sei. Er fragte, inwieweit solche Hinweise Berücksichtigung finden.

**Herr Stäglin** antwortete, dass man sich im ersten Schritt im Beteiligungsverfahren mit der Öffentlichkeit befindet. Die Ergebnisse des Gestaltungsbeirates werden rückgekoppelt und mit Trägern / Investoren diskutiert. Die Thematik wird im Planungsausschuss September aufgegriffen.

## **zu 13 Anregungen**

---

### **zu 13.1 Anregung des Stadtrats Torsten Schiedung (SPD-Fraktion) zur Platzierung einer Fahrradabstellanlage am Rannischen Platz Vorlage: VI/2018/04153**

---

**Herr Schiedung** sagte, dass der Rannische Platz in der südlichen Innenstadt ein wichtiger Knotenpunkt des ÖPNV sowie des motorisierten und nicht motorisierten Individualverkehrs ist. Zudem besteht im Umfeld des Platzes eine Vielzahl an Geschäften, Apotheken, Bäckereien. FahrradfahrerInnen nutzen den Platz als Umsteigemöglichkeit und zum Einkaufen und benötigen deshalb dort Abstellmöglichkeiten für ihre Fahrräder.

Da derzeit nur einige wenige Abstellmöglichkeiten für Fahrräder im Bereich des Pinguinbrunnens vorhanden sind und somit viele Fahrräder an Schildern, Laternen und Geländern angeschlossen werden müssen, regte er an, dass die Stadtverwaltung prüft, inwiefern weitere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder z.B. vor der Kronen Apotheke zwischen Steinweg und Willy-Brandt-Straße aufgestellt werden können.

### **zu 13.2 Anregung Herr Dr. Wend zur Beleuchtung der Parkwege in Büschdorf**

---

Der Park in der Mitte Büschdorfs südlich der Delitzscher Straße wird sehr gut von den Anwohner/innen aller Altersgruppen angenommen (Einkaufsweg zum nahegelegenen Nahversorgungszentrum; Spaziergänge; Spielplatz usw.) Zudem wird er als Arbeitsweg von Mitarbeiter/innen in der Seniorenresidenz Am Hufeisensee in Halle-Büschdorf genutzt. Er ist die direkte Verbindung für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen zum Hufeisensee. Und nicht zuletzt: Im Bereich Franz-Maye-Straße/Eidechsenweg soll eine Kita gebaut werden, wonach zu vermuten ist, dass künftig noch mehr Eltern und Kinder diesen Park nutzen. Allerdings werden die Wege nicht beleuchtet, was gerade in der kalten Jahreszeit zum Problem wird.

Der SPD-Fraktion ist bewusst, dass diese Wege nicht in der Konzeption für die Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Halle (Saale) aufgeführt sind. Da allerdings bei einigen Wegen noch Randsteine gesetzt werden müssen (zwischen Guido-Kisch-Straße und

Franz-Maye-Straße), regen wir an zu prüfen, inwiefern diese Baumaßnahmen genutzt werden können, um zumindest gleich für diesen Bereich Beleuchtung zu installieren. Gerade auch mit Blick auf die Kita, die gebaut werden soll, und die Seniorenresidenz ist dieser Bereich der wichtigste.

### **zu 13.3 Herr Dr. Fikentscher zur Situation am Landesmuseum**

---

**Herr Dr. Fikentscher** regte an, für eine befristete Zeit eine dauerhafte Bestreifung von Ordnungskräften, Polizei und eines Streetworkers vorzunehmen.

### **zu 13.4 Herr Koehn zur Verkehrsführung Heide-Süd**

---

**Herr Koehn** regte an, die Ampelregelung an der Blücherstraße zur Überquerung der Straße zu verlängern, da gerade die älteren AnwohnerInnen es in der jetzigen Grünphase nicht schaffen, die Straße zu überqueren.

Weiterhin regte er an, die Beschilderung an der Yorkstraße / Blücherstraße sichtbar aufzustellen. Die Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h ist nicht erkenntlich für Autofahrer.

### **zu 13.5 Herr Schiedung zur Plattform "Sag's uns"**

---

**Herr Schiedung** bezog sich auf die Plattform „Sag's uns“ und regte an, nur die abgeschlossenen Vorgänge als solche zu markieren, die auch wirklich abgeschlossen sind oder nicht abgeschlossen werden können.

### **zu 13.6 Herr Senius zur Arbeitsmarktentwicklung**

---

**Herr Senius** sagte, dass sich der Arbeitsmarkt in Halle positiv entwickelt.

Er regte an, dass in Halle ein kommunales Arbeitsmarktmanagement aufgebaut wird, das die mittelbaren und unmittelbaren Gestaltungsmöglichkeiten besser aufeinander abstimmt, konzentriert und konzertiert.

Eine Datei mit entsprechenden Überlegungsansätzen habe er Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand per E-Mail zugeleitet.

### **zu 13.7 Herr Raue zum Heidensee**

---

**Herr Raue** regte an, die drei wilden Badestellen um den Heidensee herum mit Mülleimern zu versehen.

**zu 14      Anträge auf Akteneinsicht**

---

**zu 14.1    Antrag der SPD-Fraktion auf Akteneinsicht zu einem Verfahren wegen  
Lärmbelästigung**

---

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

**Herr Lange** beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Hendrik Lange  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Maik Stehle  
Protokollführer